

Mohr Siebeck Lehrbücher

Andreas Haratsch/Christian Koenig/Matthias Pechstein
Europarecht



Andreas Haratsch/Christian Koenig/
Matthias Pechstein

Europarecht

12., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Mohr Siebeck

Andreas Haratsch: Geboren 1963; 1982–88 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz; 1990/91 Studium an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer; 1992 zweites juristisches Staatsexamen; 1997 Promotion; 2003 Habilitation; ab Wintersemester 2005/06 Vertreter des Lehrstuhls Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht an der FernUniversität in Hagen; seit 2007 Univ.-Prof. und Inhaber dieses Lehrstuhls; seit 2017 Direktor des Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften der FernUniversität in Hagen.

Christian Koenig: Geboren 1961; 1980–85 Studium der Rechtswissenschaften in Berlin und Mainz; 1986 Master of Laws (London School of Economics); 1988 Promotion; 1991 zweites juristisches Staatsexamen; 1993 Habilitation; seit 1994 Univ.-Prof.; seit 1999 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

Matthias Pechstein: Geboren 1958; 1979–85 Studium der Rechtswissenschaft in Mainz und Nizza; 1987 Promotion; 1989 zweites juristisches Staatsexamen; 1989–90 Referent im Bundesministerium des Inneren für europäische Medienpolitik; 1990–93 wiss. Assistent an der Universität Bayreuth; 1993–94 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; 1994 Habilitation; seit 1995 o. Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

1. Auflage 1996
2. Auflage 1998
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006
6. Auflage 2009
7. Auflage 2010
8. Auflage 2012
9. Auflage 2014
10. Auflage 2016
11. Auflage 2018
12. Auflage 2020

ISBN 978-3-16-159294-2/eISBN 978-3-16-159295-9

DOI 10.1628/978-3-16-159295-9

ISSN 2568-4566 (Mohr Siebeck Lehrbuch)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Jung Crossmedia Publishing in Lahnau gesetzt und von C. H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort zur zwölften Auflage

Dieses Lehrbuch zum Europarecht richtet sich vor allem an Studierende. Wir hoffen aber auch, dem praktisch – sei es beruflich oder anderweitig – am Europarecht Interessierten beim rechtsdogmatischen und kasuistischen Zugang zur europäischen Integration behilflich zu sein. Das Lehrbuch kann sowohl als Einführung als auch zum Wiederholen des europarechtlichen Prüfungstoffes anhand der Merksätze und Übersichten herangezogen werden. Merksätze und Prüfungsübersichten sollen als Lernkontrollen zum nochmaligen Nachlesen im betreffenden Kapitel anregen. Damit die Ausführungen immer „hart am Recht“ verstanden werden, empfehlen wir nachdrücklich, parallel zur Buchlektüre die im Text zitierten Vertragsbestimmungen nachzulesen. Ebenso wichtig ist die Lektüre zumindest der Leitentscheidungen, die am Ende einzelner Abschnitte angeführt werden. Eine wertvolle Hilfe leistet dabei die von *Matthias Pechstein* kommentierte Studienauswahl von Entscheidungen des EuGH, die zeitgleich in elfter Auflage im Verlag Mohr Siebeck erscheint. Eine aktuelle Ergänzung hierzu bietet das Internetprojekt *DeLuxe* (www.rewi.europa-uni.de/deluxe), in welchem in Anlehnung an den Ansatz der Entscheidungssammlung die neuesten Urteile des Gerichtshofs didaktisch aufbereitet werden. In dieser zwölften Auflage wird in den Fußnoten bei den einschlägigen EuGH-Urteilen auf die Entscheidungssammlung in der elften Auflage hingewiesen (P Nr. xy).

Die zwölfte Auflage aktualisiert die Darstellung des Europarechts und berücksichtigt nicht zuletzt den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie die neue Rechtsprechung des BVerfG zur Einbeziehung der Europäischen Grundrechte-Charta in seinen Prüfungsmaßstab. Zudem ist nicht nur die Literatur auf den neuesten Stand gebracht worden, sondern es sind auch die seit der Voraufgabe eingetretenen Entwicklungen in der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der europarechtsrelevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie im relevanten Sekundärrecht der Europäischen Union berücksichtigt worden. Hinzuweisen ist darauf, dass die amtliche Entscheidungssammlung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Jahr 2012 eingestellt worden ist. Alle Entscheidungen ab dem Jahr 2012 werden in diesem Lehrbuch daher mit dem sog. European Case Law Identifier (ECLI) zitiert (näher hierzu Rn. 506).

VI Vorwort zur zwölften Auflage

In dieser zwölften Auflage werden die Vertragsbestimmungen in der Artikelnummerierung des EU- und des AEU-Vertrags zitiert, wie sie durch den Lissabonner Vertrag eingeführt worden ist. Wird eine Vertragsbestimmung des Rechts vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zitiert, so erfolgt dies mit dem Hinweis „a. F.“, z. B. Art. 5 EGV a. F., der nach dem Lissabonner Vertrag Art. 5 EUV entspricht, oder Art. 39 EGV a. F. für den jetzigen Art. 45 AEUV.

Für die engagierte und zuverlässige Koordination ebenso wie für die inhaltliche Mitarbeit danken wir Frau *Katharina Nolte*. Darüber hinaus gilt unser Dank für die Unterstützung bei der Überarbeitung Frau *Beatrice Wilden* – insbesondere für das 4. Kapitel, Abschnitt III. 1., 2. –, Frau *Lucyne Ghazarian*, Frau *Veronika Koch*, Frau *Beate Förtsch*, Frau *Franziska Stern*, Frau *Krisztina Mezey* und Herrn *Carl Prior*. Gleiches gilt für Frau *Charlotte Burtin*, Herrn *Onur Can Aydin*, Herrn *Szymon Kohlhepp*, Herrn *Martin Neumann*, Frau *Sophie Steinz* und Frau *Clara Pira Machel*. Großer Dank gebührt zudem Frau *Birgit Löckenhoff* für ihre unermüdliche Mithilfe im Rahmen der Organisation sowie für stets wertvolle Anregungen und Anmerkungen. Wir danken auch Herrn *Dr. Yury Safoklov*, Frau *Dr. Anke Holljesiefken*, Frau *Maja Holtfreter*, Frau *Lydia Hannawald*, Herrn *Jan Sebastian Müllner*, Frau *Jennifer Barry* sowie Herrn *Hendrik Gülland* für die unermüdliche Hilfe bei der Aktualisierung der Querverweise und des Sachverzeichnisses.

Für die gewohnt vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Frau *Daniela Taudt*, LL.M. Eur., vom Verlag Mohr Siebeck.

Hagen, Bonn, Frankfurt (Oder)

*Andreas Haratsch
Christian Koenig
Matthias Pechstein*



Das Projekt DeLuxe richtet sich an alle, die an aktuellen Entwicklungen der Rechtsprechung der Unionsgerichtsbarkeit interessiert sind, Hauptzielgruppe sind Studenten und Referendare.

Die Kenntnis der wesentlichen Entscheidungen der Unionsgerichte ist notwendige Grundvoraussetzung für jeden, der sich mit dem Europarecht beschäftigt. Mit der aktuellen Entwicklung Schritt zu halten, fällt jedoch angesichts der Dynamik der unionsgerichtlichen Rechtsprechung erfahrungsgemäß immer schwerer.

Das Projekt DeLuxe will hier Abhilfe schaffen. Aktuelle studienrelevante EuGH-Entscheidungen werden nach einem einheitlichen Muster didaktisch aufbereitet:

- **Das Wichtigste** jeder Entscheidung wird in redaktionellen Leitsätzen am Anfang zusammengefasst.
- **Vorbemerkungen** liefern die dogmatischen Hintergründe und eine kritische Würdigung zur Einordnung der Entscheidung in die Struktur des Europarechts.

- **Vertiefende Leschinnweise** in ausbildungsrelevanter Literatur ermöglichen ein weiterführendes Selbststudium.
- Der zusammenfassende **Sachverhalt** liefert den für das Verständnis der Entscheidungsgründe notwendigen tatsächlichen Hintergrund.
- Im Hauptteil werden die wichtigsten Passagen **aus den Entscheidungsgründen** im Originalwortlaut wiedergegeben.

Die gesamte Darstellung der Entscheidungen orientiert sich an dem Werk „Entscheidungen des EuGH – Kommentierte Studienausswahl“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Pechstein. Das Projekt DeLuxe versteht sich daher als stets aktuelle Ergänzung zu diesem Buch.

Viel Erfolg mit DeLuxe!

www.rewi.europa-uni.de/deluxe

Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur zwölften Auflage	V	
Inhaltsverzeichnis	XV	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
--	---	---

II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
---	---	---

III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
---	---	---

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
--	---	---

2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
--	---	----

3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
---	---	----

4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
--	---	----

5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
---------------------------------------	----	----

6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
-------------------------------------	----	----

7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
--------------------------------------	----	----

8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
---	----	----

9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
---	----	----

10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
---	----	----

11. Austritt Großbritanniens	16	40
--	----	----

IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	19	43
--	----	----

1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	19	43
---	----	----

2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	21	46
---	----	----

V. Merksätze	24	53
-------------------------------	----	----

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	27	54
I. Die Architektur der Europäischen Union	27	54
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	27	54
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	34	67
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	35	71
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungsfähigkeit der Europäischen Union	36	73
5. Merksätze	42	84
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	43	85
1. Grundregeln	43	85
2. Verfahren	44	87
3. Merksätze	46	90
III. Die EU-Vertragsänderung	46	91
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	47	91
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	51	100
3. Merksätze	51	101
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	52	102
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	53	102
2. Das Beitrittsverfahren	54	106
3. Die Beitrittswirkung	55	108
4. Merksätze	55	109
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	56	110
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	57	110
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	60	116
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	61	117
4. Merksätze	64	126
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	65	127
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	65	127
2. Die Unionsorgane	111	222
3. Rechtsetzungsverfahren	157	341
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	171	379
5. Vollzug des Unionsrechts	216	474
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	221	488
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	282	620
8. Haftung der Europäischen Union	288	628

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	297	645
10. Haushalts- und Personalrecht	310	672
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	319	684
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	319	684
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	321	684
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	324	688
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	324	689
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	327	694
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	328	695
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	329	697
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	342	724
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	348	736
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	349	738
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	352	747
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	359	762
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	360	764
13. Merksätze	361	765
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	363	766
1. Schutzbereich	365	770
2. Diskriminierung	372	783
3. Rechtfertigung	374	787
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	377	790
5. Merksätze	377	791
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	378	792
1. Die Unionsbürgerschaft	381	798
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	388	809
3. Kommunalwahlrecht	405	831
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	407	837
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	409	841
6. Petitions- und Beschwerderecht	411	846
7. Bürgerinitiative	414	857
8. Merksätze	415	859

	Seite	Rn.
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	417	860
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	418	860
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	419	862
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	423	866
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	440	892
5. Merksätze	441	893
6. Freiheit des Warenverkehrs	441	894
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	475	951
8. Niederlassungsfreiheit	499	998
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	529	1043
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	562	1094
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	581	1125
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	581	1125
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	583	1130
1. Allgemeine Bestimmungen	584	1130
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	585	1134
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	593	1146
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	594	1148
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	599	1158
III. Wettbewerbskontrolle	601	1163
1. Wettbewerbspolitik	601	1163
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	609	1171
3. Beihilfenkontrolle	665	1261
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	708	1336
5. Kurzabriss: Vergaberecht	723	1360
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	736	1375
V. Wirtschafts- und Währungspolitik	740	1382
1. Wirtschaftspolitik	741	1382
2. Die Verwirklichung der Währungsunion	741	1383
3. Die Europäische Währung	744	1388
4. Die Euro-Gruppe	744	1389
5. Euro-Rettungsmaßnahmen im Zeichen der Krise	745	1391
6. Austritt und Ausschluss aus der Eurozone	765	1420
7. Der Wechselkursmechanismus	766	1423
VI. Sozialpolitik	766	1424

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	773	1433
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	773	1433
1. Grundlagen und Ziele der GASP	773	1433
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	776	1437
3. Die Handlungsformen der GASP	778	1442
4. Institutionen der GASP	779	1448
5. Die Finanzierung der GASP	782	1454
6. Merksätze	782	1455
II. Assoziierungspolitik	783	1456
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	784	1456
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	784	1457
III. Gemeinsame Handelspolitik	787	1464
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	789	1465
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	791	1467
3. Kurzabriss: Antidumping- und Antisubventionsrecht	792	1470
4. Handelsembargos der Europäischen Union	796	1479
5. Merksätze	798	1482
IV. Sonstige Auswärtige Politiken	798	1483
1. Entwicklungszusammenarbeit	799	1483
2. Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	799	1484
3. Humanitäre Hilfe	799	1485
4. Merksätze	800	1487
Ausgewählte Literaturempfehlungen	803	
I. Lehrbücher	803	
II. Handbücher und Kommentare	804	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	805	
IV. www-Adressen	805	
Sachverzeichnis	807	

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur zwölften Auflage	V	
Inhaltsübersicht	IX	
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII	

1. Kapitel Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts	1	1
II. Die Ursprünge der Europaidee	2	3
III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses	3	7
1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften	4	7
2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration	6	13
3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration	7	16
4. Maastrichter Vertrag 1992	9	20
5. Amsterdamer Vertrag 1997	10	24
6. Vertrag von Nizza 2001	10	26
7. Auflösung der EGKS 2002	11	28
8. Erweiterung der Europäischen Union	12	30
9. Vertrag über eine Verfassung für Europa 2004	13	33
10. Vertrag von Lissabon 2007	14	34
11. Austritt Großbritanniens	16	40
IV. Europarat und europäischer Menschenrechtsschutz	19	43
1. Funktionsweise und Ziele des Europarates	19	43
2. Die Europäische Menschenrechtskonvention	21	46
V. Merksätze	24	53

	Seite	Rn.
2. Kapitel Die Europäische Union	25	54
I. Die Architektur der Europäischen Union	25	54
1. Struktur und Charakteristik des Unionsrechts	25	54
a) Von der Tempelkonstruktion zur einheitlichen Union	25	54
b) Die Union als Staatenverbund	30	58
c) Die Charakteristik des supranationalen Unionsrechts	31	60
d) Der intergouvernementale Charakter des Unionsrechts im Bereich der GASP	32	63
2. Die materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot	34	67
3. Die institutionelle Verbundsicherung durch den institutionellen Rahmen	35	71
4. Völkerrechtssubjektivität und völkerrechtliche Handlungs- fähigkeit der Europäischen Union	36	73
a) Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Union	36	73
b) Die Vertragsschlusskompetenzen der Europäischen Union	37	75
c) Das Vertragsschlussverfahren	40	80
d) Die Deliktstfähigkeit der Europäischen Union	41	82
e) Das Gesandtschaftsrecht der Europäischen Union	41	83
5. Merksätze	42	84
II. Die Verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten	43	85
1. Grundregeln	43	85
2. Verfahren	44	87
3. Merksätze	46	90
III. Die EU-Vertragsänderung	46	91
1. Die unionsvertraglichen Änderungsverfahren	47	91
a) Das ordentliche Änderungsverfahren	47	92
b) Die vereinfachten Änderungsverfahren	48	96
aa) Das vereinfachte Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	48	96
bb) Das Brückenverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV	49	97
c) Kein änderungsfester Kern des Unionsrechts	50	99
2. Nichtförmliche Vertragsänderungen nach allgemeinem Völkerrecht	51	100
3. Merksätze	51	101
IV. Der Beitritt zur Europäischen Union	52	102
1. Die Beitrittsvoraussetzungen	53	102
2. Das Beitrittsverfahren	54	106
3. Die Beitrittswirkung	55	108
4. Merksätze	55	109

	Seite	Rn.
V. Austritt, Ausschluss und Suspendierung		
von Mitgliedschaftsrechten	56	110
1. Der Austritt aus der Europäischen Union	57	110
2. Der Ausschluss aus der Europäischen Union	60	116
3. Die Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	61	117
4. Merksätze	64	126
VI. Institutionelle Struktur der Europäischen Union	65	127
1. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten	65	127
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz	67	127
aa) Die Öffnung der deutschen Rechtsordnung	67	128
bb) Anforderungen an die Struktur der Europäischen Union	70	132
(α) Effektiver Grundrechtsschutz auf Unionsebene	70	133
(β) Die Weiterentwicklung der Demokratie auf Unionsebene	71	136
b) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union . .	74	143
aa) Unantastbarkeit der souveränen Staatlichkeit Deutschlands	76	147
bb) Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU	76	148
cc) Bewahrung der innerstaatlichen Demokratie	78	151
c) Überwachung der Integrationsgrenzen durch das BVerfG	79	152
aa) Identitätskontrolle	81	155
bb) Ultra-vires-Kontrolle	81	158
cc) Die Grundrechtskontrolle	83	162
dd) Unanwendbarkeit des Rechts der Europäischen Union	84	164
ee) Vorherige Vorlage an den Europäischen Gerichtshof	85	167
ff) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungs- gerichts	87	169
d) Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten	87	171
aa) Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten	87	171
bb) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	89	178
cc) Kompetenzergänzungsbestimmung und „implied powers“	92	184
dd) Subsidiaritätsprinzip	93	187
ee) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	98	198
ff) Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	99	202
gg) Das Gebot unionsrechtskonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	104	212

	Seite	Rn.
e) Pflicht zur Unionstreue	106	215
f) Schutz- und Notstandsklauseln	107	217
g) Notbremsemechanismus	108	219
h) Merksätze	109	221
2. Die Unionsorgane	111	222
a) Überblick	113	222
b) Institutionelles Gleichgewicht	114	227
c) Europäisches Parlament	115	230
aa) Zusammensetzung und Organisation des Parlaments	115	231
bb) Aufgaben des Parlaments	122	246
cc) Beschlussfassung	125	254
d) Europäischer Rat	125	256
aa) Zusammensetzung und Organisation des Europäischen Rates	126	257
bb) Aufgaben des Europäischen Rates	127	261
cc) Beschlussfassung	128	263
e) Rat	128	265
aa) Zusammensetzung und Organisation des Rates	129	266
bb) Aufgaben des Rates	132	272
cc) Beschlussfassung	133	274
(α) Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit	133	275
(β) Einstimmige Beschlussfassung	135	280
f) Europäische Kommission	136	282
aa) Zusammensetzung und Organisation der Kommission	136	283
bb) Aufgaben der Kommission	141	296
cc) Beschlussfassung	142	300
dd) Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	143	301
g) Gerichtshof der Europäischen Union	145	306
aa) Gerichtshof	145	308
bb) Gericht	147	315
cc) Fachgerichte	149	320
h) Europäische Zentralbank	149	321
i) Rechnungshof	151	328
j) Institutionen der Europäischen Union	152	330
aa) Wirtschafts- und Sozialausschuss	152	331
bb) Ausschuss der Regionen	153	334
cc) Europäische Investitionsbank	155	338
k) Einrichtungen und sonstige Stellen der Europäischen Union	155	339
l) Merksätze	156	340

	Seite	Rn.
3. Rechtsetzungsverfahren	157	341
a) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	160	347
b) Besondere Gesetzgebungsverfahren	162	355
aa) Anhörungsverfahren	163	358
bb) Zustimmungsverfahren	164	360
c) Der Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten	165	361
aa) Delegierte Rechtsakte	165	362
bb) Durchführungsrechtsakte	165	363
(α) Beratungsverfahren	167	371
(β) Prüfverfahren	168	372
d) Beschlussverfahren im Rahmen der GASP	168	375
e) Sonstige in den Verträgen vorgesehene Rechtsetzungs- verfahren	169	377
f) Merksätze	170	378
4. Rechtsquellen der Europäischen Union	171	379
a) Zur Rechtsnatur des Unionsrechts	172	379
b) Primäres supranationales Unionsrecht	174	383
c) Abgeleitetes supranationales Unionsrecht	178	392
aa) Verordnungen	180	398
bb) Richtlinien	182	400
(α) Die Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten	182	401
(β) Unmittelbare Wirkung	185	405
(γ) Das Gebot richtlinienkonformer Auslegung und Fortbildung nationalen Rechts	190	417
cc) Beschlüsse	193	422
dd) Empfehlungen und Stellungnahmen	195	430
ee) Protokollerklärungen	196	432
ff) Austauschbarkeit der Rechtsakte	197	433
gg) Formerfordernisse und Inkrafttreten von Sekundär- recht	198	435
hh) Aufhebung	201	444
ii) Durchsetzung	202	447
d) Europäisches Gewohnheitsrecht	203	450
e) Allgemeine Rechtsgrundsätze	204	454
f) Völkergewohnheitsrecht	206	457
g) Völkerrechtliche Verträge	208	465
h) Merksätze	213	473
5. Vollzug des Unionsrechts	216	474
a) Formen des Vollzugs	217	474
b) Verwaltungsorganisation bezüglich des Vollzugs	217	476
c) Verwaltungsverfahrenrecht	218	478

	Seite	Rn.
d) Merksatz	221	487
6. Rechtsschutz vor dem Gerichtshof der Europäischen Union	221	488
a) Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs	223	488
b) Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG	225	495
aa) Sachliche Zuständigkeiten des EuG	225	495
bb) Sachliche Zuständigkeiten des EuGH	226	497
cc) Verweisung bei Unzuständigkeit und Aussetzung des Verfahrens	227	499
c) Verfahrensablauf vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht	227	501
d) Die einzelnen Verfahrensarten	229	507
aa) Vertragsverletzungsverfahren	229	507
(α) Funktion der Vertragsverletzungsverfahren	229	507
(β) Zulässigkeit der Vertragsverletzungsklage	230	510
(γ) Begründetheit der Vertragsverletzungsklage	233	519
(δ) Urteilswirkungen im Vertragsverletzungsverfahren	235	524
(ε) Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungsverfahren	236	525
bb) Nichtigkeitsklage	238	527
(α) Funktion der Nichtigkeitsklage	238	527
(β) Zulässigkeit der Nichtigkeitsklage	239	530
(γ) Begründetheit der Nichtigkeitsklage	249	555
(δ) Urteilswirkungen im Nichtigkeitsverfahren	250	557
(ε) Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage	250	558
cc) Untätigkeitsklage	252	559
(α) Funktion der Untätigkeitsklage	252	559
(β) Zulässigkeit der Untätigkeitsklage	252	560
(γ) Begründetheit der Untätigkeitsklage	256	570
(δ) Urteilswirkungen im Untätigkeitsverfahren	256	571
(ε) Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage	257	572
dd) Amtshaftungsklage	259	573
(α) Funktion der Amtshaftungsklage	259	573
(β) Zulässigkeit der Amtshaftungsklage	259	574
(γ) Begründetheit der Amtshaftungsklage	261	581
(δ) Urteilswirkungen im Amtshaftungsverfahren	261	582
(ε) Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage	262	583
ee) Vorabentscheidungsverfahren	263	584
(α) Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	263	584
(β) Annahmefähigkeit der Vorlagefrage („Zulässigkeit“)	264	585

	Seite	Rn.
(γ) Beantwortung der Vorlagefrage durch Urteil des EuGH	269	597
(δ) Rechtswirkungen des Vorabentscheidungs- urteils	269	598
(ε) Prüfungsschema zum Vorabentscheidungs- verfahren	270	599
ff) Rechtsmittelverfahren	272	600
gg) Einstweiliger Rechtsschutz	274	607
(α) Funktion des einstweiligen Rechtsschutzes	274	607
(β) Zulässigkeit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	274	608
(γ) Begründetheit eines Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz	275	612
(δ) Der Beschluss und seine Wirkungen	276	613
(ε) Prüfungsschema zum Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	276	614
hh) Sonstige Verfahren vor den Unionsgerichten	278	615
(α) Entscheidungen aufgrund einer Schiedsklausel . .	278	615
(β) Gutachten	278	616
(γ) Inzidenträge	278	617
(δ) Prüfungsschema zur Inzidenträge	279	618
e) Merksätze	280	619
7. Rechtsschutz vor den mitgliedstaatlichen Gerichten	282	620
a) Grundsatz der nationalen Verfahrensautonomie	282	620
b) Grenzen der nationalen Verfahrensautonomie	284	622
c) Merksatz	287	627
8. Haftung der Europäischen Union	288	628
a) Vertragliche Haftung	288	628
b) Außervertragliche Haftung	289	630
aa) Amtshandlung eines Unionsorgans oder -bediensetzten	290	631
bb) Rechtswidrigkeit der Amtshandlung	291	633
cc) Haftung für rechtmäßiges Unionshandeln	291	634
dd) Schutznormverletzung	292	635
ee) Schaden	293	637
ff) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden	294	638
gg) Verschuldensunabhängigkeit des Anspruchs	294	639
hh) Rechtsfolge	294	640
ii) Verjährung	295	641
c) Haftung der Bediensteten	296	642
d) Merksätze	297	644

	Seite	Rn.
9. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	298	645
a) Herleitung des Haftungsanspruchs	298	646
b) Anspruchsvoraussetzungen	299	649
aa) Mitgliedstaatlicher Verstoß gegen Unionsrecht	299	650
bb) Verleihung subjektiver Rechte	301	656
cc) Hinreichende Qualifikation des Verstoßes	302	657
(α) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei der Richtlinienumsetzung	304	662
(β) Hinreichende Qualifikation eines Verstoßes gegen Unionsrecht bei judikativem Unrecht	305	663
dd) Kausalität zwischen Unionsrechtsverstoß und Schaden	306	664
c) Rechtsfolge	307	666
d) Verjährung	308	669
e) Prüfungsschema für den unionsrechtlichen Staatshaftungsanspruch	308	670
f) Merksätze	310	671
10. Haushalts- und Personalrecht	310	672
a) Haushaltsrecht der Europäischen Union	311	672
aa) Einnahmen der Union	311	672
bb) Mehrjähriger Finanzrahmen	312	674
cc) Haushaltsplan	312	675
dd) Haushaltsverfahren	313	676
ee) Betrugsbekämpfung	314	680
b) Personalrecht der Europäischen Union	315	682
c) Merksätze	316	683
3. Kapitel Materielle Gewährleistungen des Unionsrechts	319	684
I. Die Grundrechte des Unionsrechts	319	684
1. Notwendigkeit und Entwicklung unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	321	684
2. Abgrenzung zu sonstigen Gewährleistungen des Unionsrechts	324	688
3. Die Europäische Grundrechte-Charta	324	689
4. Die Herleitung der Unionsgrundrechte aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen	327	694
5. Funktionen der Unionsgrundrechte	328	695
6. Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	329	697
a) Die Bindung der Unionsorgane, -einrichtungen und sonstigen Stellen	329	698

	Seite	Rn.
b) Die Bindung der Mitgliedstaaten	330	699
aa) Die grundsätzliche Bindung bei der Durchführung von Unionsrecht	330	699
bb) Die Bindung bei vollvereinheitlichem Unionsrecht	331	701
cc) Die Bindung bei gestaltungsoffenem Unionsrecht . .	332	703
dd) Die Unionsgrundrechte als Prüfungsmaßstab des BVerfG	338	717
ee) Die Vorlagepflicht des BVerfG und der letztinstanz- lichen Fachgerichte nach Art. 267 Abs. 3 AEUV . . .	340	722
c) Bindung Privater (Drittwirkung)?	341	723
7. Der Schutzbereich der Unionsgrundrechte	342	724
a) Die sachlichen Bereiche des unionsrechtlichen Grundrechtsschutzes	342	724
aa) Würde des Menschen	343	727
bb) Freiheitsrechte	344	728
cc) Gleichheitsrechte	344	729
dd) Justizielle Rechte	346	734
b) Der persönliche Schutzbereich der Unionsgrundrechte . .	348	735
8. Eingriff in Unionsgrundrechte	348	736
9. Rechtfertigung von Grundrechtseinschränkungen	349	738
a) Rechtfertigung von Eingriffen in Freiheits- gewährleistungen	349	739
aa) Gesetzliche Grundlage	349	739
bb) Vorliegen eines Rechtfertigungsgrundes	350	742
cc) Verhältnismäßigkeit der Grundrechtsbeschränkung	350	743
dd) Wahrung des Wesensgehalts des Grundrechts	351	744
b) Rechtfertigung von Eingriffen in Gleichheitsrechte	351	745
10. Das Verhältnis zur Europäischen Menschenrechtskonvention	352	747
a) Die Rechtslage vor dem Beitritt zur EMRK	352	747
b) Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	354	750
aa) Inhalt des Entwurfs eines Beitrittsabkommens	354	751
bb) Das EuGH-Gutachten zum Entwurf eines Beitrittsabkommens	356	757
11. Das Verhältnis zum Recht der Vereinten Nationen	359	762
12. Prüfungsschema zu den Unionsgrundrechten	360	764
13. Merksätze	361	765
II. Das allgemeine Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit nach Art. 18 AEUV	363	766
1. Schutzbereich	365	770
a) Persönlicher Schutzbereich	365	770
b) Sachlicher Schutzbereich	366	771
aa) Anwendungsbereich des AEUV	367	772

	Seite	Rn.
bb) Anwendungsbereich des EUV	370	779
cc) Verselbständigte Anwendung des Art. 18 AEUV . .	371	782
2. Diskriminierung	372	783
3. Rechtfertigung	374	787
4. Prüfungsschema zum allgemeinen Diskriminierungsverbot, Art. 18 AEUV	377	790
5. Merksätze	377	791
III. Die Unionsbürgerschaft und die Unionsbürgerrechte	378	792
1. Die Unionsbürgerschaft	381	798
a) Die Unionsbürgerschaft als föderales Angehörigkeits- verhältnis	381	798
b) Die Unionsbürgerschaft als subjektives Recht	383	802
c) Prüfungsschema zur Unionsbürgerschaft, Art. 20 AEUV	387	808
2. Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht	388	809
a) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Rechte auf Bewegung und Aufenthalt	390	812
aa) Schutzbereich	390	812
bb) Eingriff	393	815
cc) Rechtfertigung	394	816
b) Sonstige Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	398	822
aa) Anwendungsbereich	398	822
bb) Beeinträchtigungen der Freizügigkeit	399	824
cc) Rechtfertigung	401	827
c) Freizügigkeitsrelevantes Sekundärrecht	402	828
d) Prüfungsschema zur unionsbürgerlichen Freizügigkeit, Art. 21 Abs. 1 AEUV	404	830
3. Kommunalwahlrecht	405	831
4. Wahlrecht zum Europäischen Parlament	407	837
5. Diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger	409	841
6. Petitions- und Beschwerderecht	411	846
a) Petitionen zum Europäischen Parlament	411	846
b) Anrufung des Bürgerbeauftragten	412	849
c) Schriftliche Eingaben an die Organe und die beratenden Einrichtungen der Union	413	856
7. Bürgerinitiative	414	857
8. Merksätze	415	859
IV. Die Grundfreiheiten des AEUV	417	860
1. Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten	418	860
2. Sekundärrechtliche Ausgestaltung des Binnenmarktes	419	862
a) Funktionen des Sekundärrechts	419	862
b) Vorrangige Prüfung des Sekundärrechts	421	863

	Seite	Rn.
3. Struktur und Konvergenz der Grundfreiheiten	423	866
a) Überblick	423	866
b) Schutzbereich	423	867
c) Eingriff	425	869
aa) Verpflichtungsadressaten	425	869
bb) Diskriminierung	427	872
cc) Beschränkung	429	874
d) Rechtfertigung	432	879
e) Rechtsfolgen	438	888
4. Prüfungsschema für die Grundfreiheiten	440	892
5. Merksätze	441	893
6. Freiheit des Warenverkehrs	441	894
a) Die Zollunion	443	895
b) Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	445	901
aa) Schutzbereich	445	901
(α) Sachlicher Schutzbereich	445	901
(β) Persönlicher Schutzbereich	448	909
bb) Eingriff	448	910
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten/ Schutzpflicht	448	910
(β) Mengenmäßige Ein- und Ausfuhr- beschränkungen	450	914
(γ) Maßnahmen gleicher Wirkung	452	917
(αα) Ausgangspunkt: <i>Dassonville</i> -Formel und <i>Cassis</i> -Rechtsprechung	452	917
(ββ) Einschränkung der <i>Dassonville</i> -Formel durch die <i>Keck</i> -Formel	456	922
(γγ) Anwendung der <i>Keck</i> -Formel bei Nutzungsmodalitäten?	461	928
(δδ) Übergang zu einer Neuen Formel?	463	929
cc) Rechtfertigung	465	931
(α) Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	465	931
(β) Rechtfertigungsgründe nach der <i>Cassis</i> -Recht- sprechung	469	941
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes	471	946
c) Umformung der staatlichen Handelsmonopole	472	947
d) Merksätze	473	950
7. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	475	951
a) Schutzbereich	476	952
aa) Sachlicher Schutzbereich	477	953

	Seite	Rn.
(α) Begriff des Arbeitnehmers	477	953
(β) Grenzüberschreitung	480	958
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	481	959
(δ) Bereichsausnahme für die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung	481	961
bb) Persönlicher Schutzbereich	483	963
cc) Zeitlicher Schutzbereich	484	966
b) Eingriff	485	967
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	485	967
bb) Beeinträchtigungen	486	970
(α) Diskriminierungen	486	971
(β) Beschränkungen	489	976
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck-</i> und der <i>ANETT-</i> Rechtsprechung?	491	981
c) Rechtfertigung	492	983
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	492	984
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des All- gemeininteresses	493	987
cc) Rechtfertigung unter Berufung auf Grundrechte	494	990
(α) Staatliche Schutzpflicht zugunsten privater Grund- rechtsausübung	494	990
(β) Private Grundrechtsausübung	495	991
(γ) Praktische Konkordanz	496	992
dd) Rechtfertigung privater Eingriffe durch „sachliche Gründe“	496	993
ee) Schranken-Schranken	496	994
d) Maßnahmen der Union zur Herstellung der Freizügigkeit und sozialen Sicherheit	497	995
e) Merksätze	498	997
8. Niederlassungsfreiheit	499	998
a) Schutzbereich	500	999
aa) Sachlicher Schutzbereich	500	1000
(α) Der Begriff der Niederlassung	500	1000
(β) Grenzüberschreitender Bezug	502	1003
(γ) Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt	503	1004
bb) Persönlicher Schutzbereich	504	1005
(α) Natürliche Personen	504	1005
(β) Juristische Personen	505	1008
(αα) Beeinträchtigung durch den Gründungs- mitgliedstaat (Wegzugskonstellation)	508	1012

	Seite	Rn.
(ββ) Beeinträchtigung durch den Aufnahme- mitgliedstaat (Zuzugskonstellation)	509	1013
(γγ) Zusammenfassung	510	1015
(δδ) Grenzfälle	511	1016
(εε) Unionsrechtliche Gesellschaftsformen	514	1019
b) Eingriff	515	1023
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	515	1023
bb) Diskriminierung	516	1024
cc) Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen	518	1029
c) Rechtfertigung	520	1031
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 52 Abs. 1 AEUV	520	1031
bb) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe nach der Gebhard-Formel	522	1034
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	524	1036
dd) Schranken-Schranken	524	1037
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	526	1039
aa) Der bisherige Ansatz: Sektorale Anerkennung und Koordinierung von Berufsqualifikationen	526	1039
bb) Der neue Ansatz: Die einheitliche Anerkennungs- richtlinie für Berufsqualifikationen	527	1040
cc) Koordinierungsrichtlinien außerhalb der Anerkennung von Berufsqualifikationen	527	1041
e) Merksätze	528	1042
9. Freiheit des Dienstleistungsverkehrs	529	1043
a) Schutzbereich	531	1044
aa) Sachlicher Schutzbereich	531	1045
(α) Begriff der Dienstleistung	531	1045
(β) Grenzüberschreitung/Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit	536	1053
(γ) Aufenthalts- und Bewegungsrecht	538	1055
(δ) Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt	538	1056
bb) Persönlicher Schutzbereich	539	1057
b) Eingriff	541	1061
aa) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	541	1061
bb) Beeinträchtigungen	541	1062
(α) Diskriminierung	543	1064
(β) Beschränkung	548	1072

	Seite	Rn.
(γ) Einschränkungen nach den Grundsätzen der <i>Keck</i> - und der <i>ANETT</i> -Rechtsprechung?	550	1074
c) Rechtfertigung	552	1078
aa) Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV	552	1078
bb) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	553	1081
cc) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	554	1084
dd) Schranken-Schranken	555	1085
d) Die sekundärrechtlichen Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien	556	1086
aa) Anerkennung von Berufsqualifikationen	557	1087
bb) Die Dienstleistungsrichtlinie	558	1088
e) Merksätze	561	1093
10. Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	562	1094
a) Verbot der Beschränkung des Kapital- und Zahlungs- verkehrs	563	1094
aa) Schutzbereiche	563	1095
(α) Sachlicher Schutzbereich der Kapitalverkehrs- freiheit	563	1095
(β) Sachlicher Schutzbereich der Zahlungsverkehrs- freiheit	568	1103
(γ) Persönlicher, räumlicher und zeitlicher Schutz- bereich der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	569	1104
bb) Eingriff	570	1105
(α) Handlung eines Verpflichtungsadressaten	570	1105
(β) Einheitlicher Beschränkungsbegriff	570	1106
cc) Rechtfertigung	572	1109
(α) Geschriebene Rechtfertigungsgründe	572	1110
(αα) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. a AEUV	572	1110
(ββ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 1 lit. b AEUV	573	1112
(γγ) Rechtfertigungsgründe nach Art. 65 Abs. 2 AEUV	576	1116
(β) Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	576	1118
(γ) Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechts- schutzes und Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten	577	1121

	Seite	Rn.
dd) Die sekundärrechtliche Ausgestaltung des Kapital- und Zahlungsverkehrs	578	1122
b) Schutz- und Embargomaßnahmen	578	1123
c) Merksätze	579	1124
4. Kapitel Interne Politiken der Europäischen Union	581	1125
I. Landwirtschafts- und Fischereipolitik	581	1125
II. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	583	1130
1. Allgemeine Bestimmungen	584	1130
2. Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	585	1134
3. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	593	1146
4. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	594	1148
a) Grundlagen und Ziele	594	1148
b) Gegenseitige Anerkennung in Strafsachen	595	1149
c) Eurojust	597	1154
d) Europäische Staatsanwaltschaft	598	1157
5. Polizeiliche Zusammenarbeit	599	1158
a) Grundlagen und Ziele	599	1158
b) Handlungsfelder der polizeilichen Zusammenarbeit	600	1160
aa) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV	600	1160
bb) Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV	601	1161
cc) Völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV	601	1162
III. Wettbewerbskontrolle	601	1163
1. Wettbewerbspolitik	601	1163
a) Kurzüberblick	602	1163
b) Das Schutzgut „Wettbewerb“	603	1165
c) Merksätze	608	1170
2. Unternehmensgerichtete Wettbewerbsvorschriften	609	1171
a) Kartellverbot – Art. 101 AEUV	610	1171
aa) Verbot mit Legalausnahme und anschließender Kontrolle	610	1171
bb) Normadressaten des Kartellverbots	611	1174
(α) Unternehmen	611	1174
(β) Öffentliche und mit ausschließlichen oder besonderen Rechten ausgestattete Unternehmen (Art. 106 Abs. 1 AEUV)	616	1182
(γ) Mitgliedstaaten	618	1185
cc) Erfasste Verhaltensweisen	620	1187
dd) Wettbewerbsverfälschung	623	1192
ee) Spürbarkeit und Zwischenstaatlichkeit	626	1196

	Seite	Rn.
ff) Die Ausnahmegvorschrift des Art. 101 Abs. 3 AEUV	627	1198
gg) Die Kommissionsbefugnisse (Kartellverfahrensverordnung 1/2003) und die zivilrechtlichen Folgen	629	1201
b) Missbrauchsaufsicht – Art. 102 AEUV	635	1209
aa) Marktbeherrschende Stellung	635	1211
(α) Marktabgrenzung	636	1212
(β) Marktbeherrschung	640	1219
bb) Missbräuchliche Ausnutzung	643	1226
c) Sektorspezifische Wettbewerbsbestimmungen	653	1244
d) Fusionskontrolle	656	1247
e) Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln, Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht und Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden mit der Kommission	661	1255
aa) Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln	661	1255
bb) Kollision mit mitgliedstaatlichem Wettbewerbsrecht	661	1256
cc) Zusammenarbeit der nationalen Wettbewerbsbehörden mit der Kommission	662	1258
f) Merksätze	663	1260
3. Beihilfenkontrolle	665	1261
a) Bedeutung und Struktur des EU-Beihilfenrechts	666	1261
b) Der Verbotstatbestand der Art. 107 Abs. 1, Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV	668	1265
aa) Begünstigung	669	1267
bb) Staatlich oder aus staatlichen Mitteln gewährt	677	1282
cc) Bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige – Selektivität	682	1292
dd) Verfälschung des Wettbewerbs	689	1301
ee) Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	690	1302
c) Ausnahmen vom Beihilfenverbot	691	1304
aa) In der Rechtsfolge gebundene Ausnahmen – Art. 107 Abs. 2 AEUV	693	1308
bb) Ausnahmen, die im Ermessen der Kommission stehen – Art. 107 Abs. 3 AEUV	694	1309
d) Verfahren der Beihilfenaufsicht	697	1317
e) Merksätze	705	1335
4. Wettbewerbskontrolle im Bereich mitgliedstaatlicher Daseinsvorsorge	708	1336
a) Die Bereichsausnahmegvorschrift des Art. 106 Abs. 2 AEUV	708	1336
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	709	1338

	Seite	Rn.
c) Betrauungsakt	712	1342
d) Verhinderung der Aufgabenerfüllung	714	1345
e) Staatliche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI	716	1347
aa) Der Ausschluss des Beihilfentatbestandes nach den Altmark-Voraussetzungen	716	1348
bb) Das DAWI-Paket (Almunia-Paket)	717	1350
f) Die Kommissionsbefugnisse gegenüber den Adressaten der Absätze 1 und 2 des Art. 106 AEUV (Art. 106 Abs. 3 AEUV)	721	1357
g) Merksätze	722	1359
5. Kurzaufsatz: Vergaberecht	723	1360
a) Normgefüge des Vergaberechts	724	1360
b) Der Anwendungsbereich des Vergaberechts	725	1361
c) Die Vergabeverfahren	732	1371
d) Vergaberechtlicher Rechtsschutz	733	1372
e) Merksätze	735	1374
IV. Rechtsangleichung im Binnenmarkt	736	1375
V. Wirtschafts- und Währungspolitik	740	1382
1. Wirtschaftspolitik	741	1382
2. Die Verwirklichung der Währungsunion	741	1383
3. Die Europäische Währung	744	1388
4. Die Euro-Gruppe	744	1389
5. Euro-Rettungsmaßnahmen im Zeichen der Krise	745	1391
a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	748	1392
b) Der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion („Fiskalpakt“) sowie Euro-Gipfel	750	1397
c) Griechenland-Soforthilfe und Europäischer Finanz- stabilisierungsmechanismus (EFSM)	752	1400
aa) Griechenland-Soforthilfe	752	1400
bb) Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)	753	1401
d) Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und Art. 136 Abs. 3 AEUV	755	1405
e) Anleihekäufe durch die EZB und gemeinsame Staatsanleihen (sog. „Eurobonds“)	758	1409
f) Die Europäische Bankenunion	761	1414
6. Austritt und Ausschluss aus der Eurozone	765	1420
7. Der Wechselkursmechanismus	765	1423
VI. Sozialpolitik	766	1424

	Seite	Rn.
5. Kapitel Auswärtige Politiken der Europäischen Union	773	1433
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	773	1433
1. Grundlagen und Ziele der GASP	773	1433
2. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)	776	1437
3. Die Handlungsformen der GASP	778	1442
4. Institutionen der GASP	779	1448
5. Die Finanzierung der GASP	782	1454
6. Merksätze	782	1455
II. Assoziierungspolitik	783	1456
1. Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete	784	1456
2. Der Abschluss von Assoziierungsabkommen	784	1457
III. Gemeinsame Handelspolitik	787	1464
1. Die Reichweite der Außenhandelskompetenz der Europäischen Union	789	1465
2. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation	791	1467
3. Kurzzabriss: Antidumping- und Antisubventionsrecht	792	1470
a) Definition von Dumping und Subvention	793	1472
b) Schädigung des Marktgefüges der EU	793	1474
c) Zollerhebung im Unionsinteresse	794	1475
d) Umgehungsversuche	794	1476
e) Verfahren zur Erhebung eines Antidumpingzolls	794	1477
4. Handelsembargos der Europäischen Union	796	1479
5. Merksätze	798	1482
IV. Sonstige Auswärtige Politiken	798	1483
1. Entwicklungszusammenarbeit	799	1483
2. Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern	799	1484
3. Humanitäre Hilfe	799	1485
4. Merksätze	800	1487
Ausgewählte Literaturempfehlungen	803	
I. Lehrbücher	803	
II. Handbücher und Kommentare	804	
III. Text- und Entscheidungssammlungen	805	
IV. www-Adressen	805	
Sachverzeichnis	807	

1. Kapitel

Der Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung in Europäischer Union und Europarat

I. Zum Begriff des Europarechts

Der Begriff des Europarechts umfasst in einem weiteren Sinn das Recht einer Vielzahl europäischer internationaler Organisationen. Dieses besteht jeweils aus der Gesamtheit von Normen, welche zum einen in den Gründungsverträgen dieser Organisationen enthalten sind (Primärrecht). Zum anderen umfasst das Europarecht auch solche Normen, die erst im Rahmen der primärrechtlichen Verfahrensregeln durch die Organe dieser Organisationen erlassen werden (Sekundärrecht). 1

Europäische internationale Organisationen mit eigener Völkerrechtssubjektivität sind die Europäische Union (EU) sowie die Europäische Atomgemeinschaft (EAG), deren Recht das *Europarecht im engeren Sinn* bildet. Zum *Europarecht im weiteren Sinn* gehört der Europarat mit seinem Schutzsystem der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Auch die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die am 4. Januar 1960 von sieben, damals nicht den Europäischen Gemeinschaften angehörenden Staaten – Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und der Schweiz – gegründet wurde, ist zum Europarecht im weiteren Sinn zu zählen. Heute gehören der EFTA Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein an, die sich 1992 – mit Ausnahme der Schweiz – mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammengeschlossen haben. Zum weiteren Kreis der europäischen internationalen Organisationen gehören auch weniger bekannte Zusammenschlüsse, wie z. B. das Internationale Zentrum für wissenschaftliche und technische Information (IZWTI) oder das Europäische Kernforschungszentrum (CERN). 2

II. Die Ursprünge der Europaidee

- 3 Der Begriff „Europa“ geht auf die griechische Sage zurück, nach der Zeus – in Gestalt eines Stiers – die phönizische Königstochter Europa auf die Insel Kreta entführte. Seit der Antike verkörpert Europa eine gemeinsame und darüber hinaus einende Ideenwelt.
- 4 Literarisch ist die Europaidee seit dem Mittelalter zunehmend belegbar. Ihre zentrale Grundlage ist zumeist der Gedanke der Friedenssicherung. Bereits in „De recuperatione Terre Sancte“ (1305–1307) entwarf der französische Jurist *Pierre Dubois* ein europäisches Friedenssystem. Auch in der Neuzeit wirkte die Vorstellung von einem europäischen Frieden in den Werken bekannter zeitgenössischer Autoren fort¹. Besonders *Immanuel Kant* setzte sich mit dem Traktat „Zum ewigen Frieden“ (1795) für eine europäische, langfristig republikanisch verfasste Föderation von Staaten ein.
- 5 Mit zunehmendem Nationalismus kam die Europaidee bis zum Ersten Weltkrieg ins Stocken. Wieder aufgenommen wurde sie durch *Graf Richard Coudenhove-Kalergi* in seinem Werk „Pan-Europa“ (1923), in dem er sich für die Schaffung eines Bundesstaates der „Vereinigten Staaten von Europa“ unter Ausschluss von Großbritannien und der Sowjetunion einsetzte. Zur Verbreitung seiner Idee gründete *Graf Coudenhove-Kalergi* die Paneuropäische Union, in der sich die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, *Aristide Briand* und *Gustav Stresemann*, engagierten. Am 7. September 1929 legte *Briand* dem Völkerbund einen Plan für eine Europäische Föderation vor, der die Einrichtung eines Ständigen Politischen Ausschusses und eines Sekretariats vorschlug. Um die Souveränität der Staaten nicht unbotmäßig zu beeinträchtigen, sollte eine Föderation staatenbündischer Zusammenarbeit gegründet werden. Der Plan scheiterte jedoch am fehlenden Willen der anderen europäischen Staaten vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in den späten zwanziger Jahren. Darüber hinaus bestanden Bedenken, neben dem Völkerbund eine politische „Konkurrenzorganisation“ zu errichten.
- 6 Nach den verheerenden Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gewann die einende Europaidee erneut schnell an Boden. In seiner Züricher Rede vom 19. September 1946 beschwor *Winston Churchill* eine „Neugründung der Europäischen Völkerfamilie“ in Gestalt der „Vereinigten Staaten von Europa“. Großbritannien, das seine wichtigste Rolle noch im Commonwealth sah, wollte aber zunächst im Hintergrund bleiben und die ersten Schritte anderen europäischen Staaten, vor allem Frankreich, überlassen. Geprägt durch das im Kalten Krieg hervorgerufene Sicherheitsbedürfnis war die neue westeuropäische Einigungs-idee auch als Gegenreaktion auf den wirtschaftlichen und weltpolitischen Nie-

¹ *William Penn*, An Essay towards the Present and Future Peace in Europe, 1693; *John Bellers*, Some Reasons for a European State, 1710; *Abbé de Saint Pierre*, Memoire pour rendre la paix perpétuelle en Europe, 1713; *Jean Jacques Rousseau*, Projet pour la paix perpétuelle, 1760.

dergang der ehemaligen europäischen Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg entworfen worden. Bald erfolgten die Gründungen der Westunion (später Westeuropäische Union, WEU) am 17. März 1948, der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE, später Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD) am 16. April 1948, des Nordatlantikpaktes (NATO) am 4. April 1949 sowie des Europarates am 5. Mai 1949, dessen Mitgliedstaaten sich dem Rechtsschutzsystem der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 angeschlossen haben (Rn. 46).

III. Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses

Literaturhinweise: *Calliess, Ch./Ruffert, M.:* Vom Vertrag zur EU-Verfassung?, EuGRZ 2004, S. 542; *Epiney, A./Abt, M. F./Mosters, R.:* Der Vertrag von Nizza, DVBl. 2001, S. 941; *Fischer, K. H.:* Der Europäische Verfassungsvertrag, 2004; *ders.:* Der Vertrag von Lissabon, 2. Aufl. 2010; *Frau, R.:* Ist das Brexit-Abkommen zu Recht gescheitert?, EuR 2019, S. 502; *Grewe, C.:* Beitritt der EU zur EMRK und ZP 14: Wirksame Durchsetzung einer gesamteuropäischen Grundrechteverfassung?, EuR 2012, S. 285; *Görlitz, N.:* Europäischer Verfassungsvertrag und künftige EU-Kompetenzen, DÖV 2004, S. 374; *Haratsch, A.:* Der EU-Austritt Großbritanniens und die Demokratie – bloody difficult ... brexit, Hagener Online-Beiträge zu den Europäischen Verfassungswissenschaften, DTIEV-Online Nr. 1/2018; *Hatje, A.:* Die institutionelle Reform der Europäischen Union – der Vertrag von Nizza auf dem Prüfstand, EuR 2001, S. 143; *Hatje, A./Kindt, A.:* Der Vertrag von Lissabon – Europa endlich in guter Verfassung?, NJW 2008, S. 1761; *Höreth, M./Janowski, C./Kühnhardt, L. (Hrsg.):* Die Europäische Verfassung, 2006; *Hoffmann, J.:* Europäische Union quo vadis? – Ein Beitrag zur „Debatte über die Zukunft Europas“, EWS 2019, S. 69; *Kenny, M.:* Der inszenierte „Brexit“: Was steckt hinter den ziellos scheinenden Verhandlungen zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs? EuR 2018, S. 561; *Lindner, J. F.:* Der Konvent zur Zukunft Europas – Ein Überblick über die aktuelle europäische Reformagenda, BayVBl. 2002, S. 513; *ders.:* Der Vertrag von Lissabon zur Reform der Europäischen Union, BayVBl. 2008, S. 421; *Möstl, M.:* Verfassung für Europa, 2005; *Obwexer, W.:* Das Ende der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EuZW 2002, S. 517; *ders.:* Der Beitritt der EU zur EMRK: Rechtsgrundlagen, Rechtsfragen und Rechtsfolgen, EuR 2012, S. 115; *Oppermann, Th.:* Vom Nizza-Vertrag 2001 zum Europäischen Verfassungskonvent 2002/2003, DVBl. 2003, S. 1; *ders.:* Eine Verfassung für die Europäische Union – Der Entwurf des Europäischen Konvents, DVBl. 2003, S. 1165, 1234; *ders.:* Die Europäische Union von Lissabon, DVBl. 2008, S. 473; *Pache, E./Rösch, F.:* Der Vertrag von Lissabon, NVwZ 2008, S. 473; *Pache, E./Schorkopf, F.:* Der Vertrag von Nizza. Institutionelle Reform zur Vorbereitung der Erweiterung, NJW 2001, S. 1377; *Perinice, I.:* Der Vertrag von Lissabon – Ende des Verfassungsprozesses der EU?, EuZW 2008, S. 65; *Sattler, A.:* Die Entwicklung der EG vom Ende der Übergangszeit bis zur Erweiterung auf zwölf Mitgliedstaaten, JÖR 36 N. F. (1987), S. 365; *Schmahl, S.:* Deutschland und die europäische Integration – Grund und Grenzen der verfassungsrechtlichen Regelung unionsbezogener Fragen, BayVBl. 2012, S. 1; *Schröder, M.:* Vertikale Kompetenzverteilung und Subsidiarität im Konventsentwurf für eine europäische Verfassung, JZ 2004, S. 8; *Schwarze, J.:* Ein pragmatischer Verfassungsentwurf – Analyse und Bewertung des

4 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung

vom Europäischen Verfassungskonvent vorgelegten Entwurfs eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, EuR 2003, S. 535; *ders.*: Der Reformvertrag von Lissabon – Wesentliche Elemente des Reformvertrages, EuR 2009, Beiheft 1, S. 9; *Skouris, V.*: Brexit: Rechtliche Vorgaben für den Austritt aus der EU, EuZW 2016, S. 806; *Streinz, R.*: Der Vertrag von Amsterdam – Die institutionellen Veränderungen für die Europäische Union und die Europäische Gemeinschaft, Jura 1998, S. 57; *ders.*: Der Vertrag von Amsterdam. Einführung in die Reform des Unionsvertrags von Maastricht und Bewertung der Ergebnisse, EuZW 1998, S. 137; *Streinz, R./Obler, Ch./Herrmann, Ch.*: Die neue Verfassung für Europa, 2005; *dies.*: Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, 3. Aufl. 2010; *Thiele, A.*: Der Austritt aus der EU – Hintergründe und rechtliche Rahmenbedingungen eines „Brexit“, EuR 2016, S. 281; *Weber, A.*: Vom Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon, EuZW 2008, S. 7; *Wiedmann, T.*: Der Vertrag von Nizza – Genesis einer Reform, EuR 2001, S. 185.

1. Gründung, Aufbau und Krise der Europäischen Gemeinschaften

- 7 Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister *Robert Schuman* den von seinem Mitarbeiter *Jean Monnet* entwickelten Plan einer zunächst funktional auf Kohle und Stahl begrenzten Gemeinschaft wirtschaftlicher Integration vor. Die „Montanunion“ sollte die „erste Etappe der Europäischen Föderation“ sein. Der Plan sah vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Produktion von Kohle und Stahl unter eine gemeinsame oberste Autorität innerhalb einer Organisation zu stellen, die der Mitwirkung anderer Staaten Europas offensteht.
- 8 Der *Schuman-Monnet-Plan* verband Sicherheitsgarantien für Frankreich gegenüber einem wiedererstarkenden Deutschland durch Kontrolle der Schlüsselindustrien der damaligen Zeit mit einer ausbaufähigen Integrationsordnung auf partnerschaftlicher Grundlage. Er wurde von Italien, den Benelux-Staaten und Deutschland begeistert aufgenommen, während sich Großbritannien auch wegen seiner Bindungen im Commonwealth nicht beteiligte. Bereits im Juni 1950 begannen in Paris die Verhandlungen, die am 18. April 1951 zur Unterzeichnung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) mit Sitz in Luxemburg führten. Nach Ratifikation durch die Mitgliedstaaten trat der Vertrag am 23. Juli 1952 in Kraft. *Jean Monnet* wurde erster Präsident der Hohen Behörde (Kommission). Vor dem Hintergrund der Korea-Krise und der von amerikanischer Seite begrüßten Wiederbewaffnung Deutschlands legte Frankreich einen Plan für eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) vor. Die Ratifikation des EVG-Vertrags scheiterte jedoch an der Ablehnung durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954. Weiteren Plänen zur Gründung einer umfassenden Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) war damit zunächst die Grundlage entzogen.
- 9 Die Erfahrungen mit der funktionierenden EGKS empfahlen zunächst eine Integrationspolitik in wirtschaftlichen Bereichen und zwar durch funktional begrenzte Gemeinschaften. Auf der Außenministerkonferenz von Messina am 1./2. Juni 1955 kam man überein, zur Ausarbeitung von Vertragsentwürfen für

einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Atompolitik einen Ausschuss unter der Leitung des Belgiers *Paul-Henri Spaak* einzusetzen. In seinem Abschlussbericht vom 29. Mai 1956 legte der *Spaak*-Ausschuss dar, dass es einen Gemeinsamen Markt nur geben könne, wenn die nationalen Märkte fusioniert und eine umfassende Zollunion errichtet würden. Der Bericht enthielt bereits den Vorschlag verschiedener Stufen des Gemeinsamen Marktes, um Übergangsperioden zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden als Gemeinschaftsorgane ein Ministerrat, eine mit eigenen Rechten ausgestattete Europäische Kommission, ein Gerichtshof und eine Parlamentarische Versammlung vorgeschlagen, welche sich aus den bereits vorhandenen Organen der EGKS rekrutieren sollten. Nach einem ähnlichen Muster sollte eine Gemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Kernenergie gegründet werden.

Eine zwischenstaatliche Konferenz unter der Leitung *Spaaks* arbeitete auf dieser Grundlage den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG; Euratom) aus. Die Verträge wurden am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet („*Römische Verträge*“) und traten nach Ratifikation für alle Mitgliedstaaten am 1. Januar 1958 in Kraft. Während der EGKS-Vertrag die Hohe Behörde mit den Kompetenzen eines Hauptrechtsetzungsorgans ausstattete, konstruierte der EWG-Vertrag die Kommission nach den Worten ihres ersten Präsidenten *Walter Hallstein* als „Motor, Wächter und ehrlichen Makler des Vertrags“. Die Endentscheidung für verbindliche Rechtsakte lag in der EWG, der späteren EG, anders als in der EGKS grundsätzlich beim Ministerrat. 10

Nach dem Scheitern von EVG und EPG gewann die Auffassung an Boden, wonach eine Politische Union nur durch eine konföderale, auf Zusammenarbeit und nicht auf Supranationalität ausgerichtete Organisation verwirklicht werden könne. Die Gipfelkonferenz der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften beauftragte im Juli 1961 eine Expertenkommission, Pläne auszuarbeiten, um „der Einigung der Völker binnen kürzester Frist einen statistischen Charakter zu geben“. Eine Arbeitsgruppe der Expertenkommission legte unter Federführung des französischen Botschafters *Fouchet* im Dezember 1961 einen Plan über die Gründung einer staatenbündischen Europäischen Union vor, welche in erster Linie intergouvernemental und nicht supranational ausgerichtet werden sollte. Der *Fouchet*-Plan sah eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Wissenschaft vor. In der Wirtschaftspolitik sollte eine „Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung“ angestrebt werden, wobei das Verhältnis zu den bestehenden Gemeinschaften EWG, EGKS sowie EAG und ihren supranationalen Kompetenzen offengelassen war. Vor allem fehlte ein Bekenntnis zum bereits erreichten supranationalen Besitzstand der drei Gemeinschaften („*acquis communautaire*“). 1962 scheiterten sowohl der *Fouchet*-Plan als auch entsprechende Gegenentwürfe zur Gründung einer Europäischen Union, da bereits über den Verhandlungstext keine Einigkeit erzielt werden konnte. 11

6 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung

- 12 Nachdem es noch mit dem Fusionsvertrag vom 8. April 1965 gelungen war, eine einheitliche Kommission und einen einheitlichen Rat der drei Gemeinschaften zu schaffen, kam es bereits Mitte 1965 zu der schwersten Krise der Gemeinschaft. Frankreich blockierte über ein halbes Jahr durch Nichtteilnahme an den Sitzungen den Ministerrat („Politik des leeren Stuhls“). Hintergrund war Frankreichs Festhalten am Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlussfassung im Ministerrat. Zudem gab es starke gaullistische Bestrebungen, den Handlungsspielraum der Kommission zu beschneiden, um die Position souveräner Nationalstaaten zu stärken. Die Krise wurde nach weitgehenden Konzessionen an die französischen Vorstellungen durch den „Luxemburger Kompromiss“ vom 29. Januar 1966 beigelegt. Danach soll bei Beschlüssen, die vitale Interessen eines Mitgliedstaates betreffen, nach einvernehmlichen Regelungen gesucht werden, eine Mehrheitsentscheidung also ausgeschlossen sein (Rn. 279).

2. Ausbau des Binnenmarktes und Anfänge der politischen Integration

- 13 Mit dem Rücktritt *de Gaulles* war es möglich geworden, auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag im Dezember 1969 ein Programm über die Zukunft der Gemeinschaften zu erarbeiten. Anlass für die Programmarbeit war der bevorstehende Ablauf der zwölfjährigen Übergangsphase zum 31. Dezember 1969. Danach sollten Verhandlungen mit den beitriftswilligen Staaten aufgenommen werden. Auch eine Einigung über eine neue Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaften mit eigenen Gemeinschaftseinnahmen, die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, direkte Wahlen zum Europäischen Parlament sowie über die Errichtung einer Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) schienen nun möglich. Der von den Staats- und Regierungschefs in Auftrag gegebene, am 27. Oktober 1970 von den Außenministern verabschiedete *Davignon-* (oder Luxemburger) Bericht sprach sich richtungsweisend für eine intergouvernementale Zusammenarbeit ohne supranationale Integrationsmomente im Bereich der Außenpolitik aus. Durch eine Harmonisierung der außenpolitischen Standpunkte sollte ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht werden.
- 14 Die Zielsetzungen der Haager Gipfelkonferenz von 1969 wurden im Laufe der siebziger Jahre nur zum Teil verwirklicht: So wurde eine Finanzverfassung geschaffen, nach der sich die EWG durch eigene Einnahmen aus dem Gemeinsamen Zolltarif, den Agrarabschöpfungen und aus einem Anteil am Mehrwertsteueraufkommen der Mitgliedstaaten finanzierte. 1970 wurden Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen aufgenommen, die 1973 zum Beitritt der drei erstgenannten Staaten führten; in Norwegen scheiterte der Beitritt an einem Referendum. Weniger Erfolg war dem Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion beschieden. Trotz verschiedener Vorstöße (*Barre-Plan* 1969, *Werner-*

Plan 1970, *Jenkins-Initiative* 1977) war eine Umsetzung wegen zu großer wirtschafts- und währungspolitischer Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten nicht möglich. Als kleiner Ausschnitt einer Währungsunion wurde 1978 allerdings das Europäische Währungssystem (EWS) auf Initiative von *Valéry Giscard d'Estaing* und *Helmut Schmidt* (ohne Beteiligung Großbritanniens) gegründet. Das EWS führte zu stabileren Wechselkursen zwischen den Mitgliedstaaten. Damit konnten Transaktionskosten im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr gesenkt und der Binnenmarkt währungspolitisch flankiert werden.

Die im *Davignon*-Bericht vorgeschlagene Kooperation im Bereich der Außenpolitik führte zunächst zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Außenministerien der Mitgliedstaaten. Darüber hinaus kam es zu jährlichen Gipfelkonferenzen der Staats- und Regierungschefs, auf denen Leitlinien zur Entwicklung der Gemeinschaft verabschiedet wurden. Diese Gipfelkonferenzen wurden auf Vorschlag von *Giscard d'Estaing* seit 1974 offiziell als „Europäischer Rat der Staats- und Regierungschefs“ (Europäischer Rat) bezeichnet. Dieser sollte dreimal jährlich unter Beteiligung der Außenminister und des Kommissionspräsidenten tagen. Im Jahre 1976 einigte sich der Europäische Rat über die Modalitäten einer Direktwahl zum Europäischen Parlament, welche erstmals 1979 stattfand. 15

3. Einheitliche Europäische Akte 1986 und Vertiefung der Integration

Nachdem die Reforminitiativen zur „Vertiefung“ der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere der *Tindemans*-Bericht (1976) sowie der Bericht der „drei Weisen“ (*Biesheuvel/Dell/Marjolin*) des Europäischen Parlaments (1979), zunächst ohne praktischen Erfolg geblieben waren, brachte die *Genscher-Colombo*-Initiative über eine „Europäische Akte“ den Stein im November 1981 ins Rollen. Die Initiative wurde im Juni 1983 in der „Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union“ des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs als Grundlage für weitere Verhandlungen angenommen. Die Deklaration nennt als eines ihrer Ziele die „Vertiefung bestehender und die Ausarbeitung neuer politischer Zielsetzungen im Rahmen der Verträge von Paris und Rom“. Ihre Schlussbestimmung sieht die Prüfung der Möglichkeiten eines Vertrags über die Europäische Union vor. 16

Im Juni 1985 beschloss der Europäische Rat gegen die Stimmen Dänemarks, Großbritanniens und Griechenlands, das den Gemeinschaften 1981 beigetreten war, die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Vertragsrevision. Die Arbeiten der Regierungskonferenz mündeten nach dem Beitritt Portugals und Spaniens im Jahr 1986 schließlich in eine „*Einheitliche Europäische Akte*“ (EEA), die am 17. Februar 1986 unterzeichnet wurde, aber erst am 1. Juli 1987 in Kraft trat. Die EEA „vereinheitlicht“ das Bündel aus Gemeinschaftspolitiken und bisher außergemeinschaftlichen Politikbereichen (wie der Außenpolitik). Mit der EEA 17

8 Begriff des Europarechts und die Entwicklung der europäischen Einigung

wurden der Europäische Rat und die EPZ vertraglich festgeschrieben. Vor allem ging von den in der EEA enthaltenen Änderungen des EWG-Vertrags die erste grundlegende Reform der Gemeinschaft aus. Die Gemeinschaftsreform erstreckte sich im Wesentlichen auf folgende Politikbereiche:

- den europäischen Binnenmarkt, in dem der freie Verkehr von Waren und Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist,
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik,
- neue Zuständigkeiten auf den Gebieten der Forschung und Technologie sowie des Umweltschutzes,
- die Sozialpolitik,
- die wirtschaftliche Entwicklung als Gemeinschaftsziel,
- die Reform der Entscheidungs- und Rechtsetzungsverfahren zur intensiveren Zusammenarbeit der EG-Organen.

18 Mit der EEA wurde der Wille zur weiteren Vertiefung der Integration bekräftigt. Im Juni 1988 beauftragte der Europäische Rat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Kommissionspräsidenten *Jacques Delors* mit der Prüfung einer schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Auf der Grundlage des *Delors*-Berichts vom Juni 1989 wurde das Inkrafttreten der ersten Stufe der Währungsunion zum 1. Juli 1990 beschlossen. Von dieser Terminfestlegung ging ein erheblicher Zugzwang in Richtung einer vertraglichen Konsolidierung der weiteren Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion aus. Bereits am 27./28. Oktober 1989 wurde der Beginn der zweiten Stufe, also der Phase zur institutionellen Vorbereitung eines Europäischen Systems der Zentralbanken, auf den 1. Januar 1994 festgelegt. In Dublin wurde dann am 25./26. Juni 1990 beschlossen, neben der Regierungskonferenz über eine Wirtschafts- und Währungsunion einen parallelen Ratsgipfel zur Gründung einer umfassenden Europäischen Union einzuberufen.

19 Bereits zu dieser Zeit stellte sich mit Blick auf den Zusammenbruch der kommunistischen Systeme des Ostblocks die Frage nach einer Osterweiterung der Gemeinschaft. Durch die deutsche Wiedervereinigung wurden die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Währungsunion, aber auch um eine Politische Union, nicht unerheblich beschleunigt, da man sich davon eine im allseitigen Interesse liegende stärkere europäische Einbindung Deutschlands versprach. Während die Eingliederung der Gebiete der ehemaligen DDR in die Europäischen Gemeinschaften ohne eine grundlegende Änderung der Gemeinschaftsverträge lediglich durch Ausnahmeregelungen möglich war, wurde nun deutlich, dass eine Osterweiterung auch zu einem Wandel des inneren Gemeinschaftsgefüges führen würde. Daher sollten weitere Beitritte erst möglich sein, nachdem man sich über die grundlegenden Integrationschritte geeinigt hatte. So wurden mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten zur Heranführung an die Europäische Union zunächst nur Assoziierungsabkommen geschlossen (sog. Europa-Abkommen). In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) zusammen mit den EFTA-Staaten im Jahre 1992 zu

sehen (Rn. 2, 1459). Auch der EWR wurde zunächst nur als Zwischenlösung betrachtet.

4. Maastrichter Vertrag 1992

Das in Maastricht vereinbarte Vertragswerk über die Europäische Union stellt 20 „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ dar (vgl. ex-Art. A Abs. 2 EUV). Es enthält einerseits Bestimmungen zur intergouvernemental ausgerichteten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZBJI). Andererseits inkorporiert der EU-Vertrag grundlegende Änderungsbestimmungen der drei Gemeinschaftsverträge von EG, EAG und EGKS. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde zur umfassenderen Europäischen Gemeinschaft (EG). Neben dem Kernstück der im EG-Vertrag verankerten Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 98 bis Art. 124 EGV a. F.) wurden auch eine Unionsbürgerschaft mit aktivem und passivem Kommunalwahlrecht, das Recht zur Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament im Wohnsitzstaat sowie ein europäisches Petitionsrecht eingeführt (Art. 17 bis Art. 22 EGV a. F.).

Der EU-Vertrag wurde am 7. Februar 1992 in Maastricht von allen damaligen 21 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, infolge von Ratifikationsverzögerungen konnte er jedoch erst am 1. November 1993 in Kraft treten. So bedurfte die Ratifikation in einigen Mitgliedstaaten aufgrund ihres Verfassungsrechts eines Referendums und/oder einer Verfassungsänderung. Nachdem in Irland und Frankreich die Bevölkerungsmehrheit für den Vertrag votierte, scheiterte eine Ratifikation Dänemarks im ersten Anlauf aufgrund des negativen Ausgangs des Referendums. Erst nach einigen Zugeständnissen seitens der übrigen Mitgliedstaaten an Dänemark, vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, sprachen sich die Dänen in einer zweiten Volksabstimmung für eine Ratifikation des Maastrichter Vertrags aus. Nachdem das deutsche BVerfG schließlich am 12. Oktober 1993 die Verfassungsbeschwerden gegen das deutsche Zustimmungsgesetz zurückgewiesen hatte, konnte auch Deutschland den Vertrag ratifizieren.

Vor der 1996 einberufenen Regierungskonferenz zur Vertragsrevision² traten 22 Finnland, Österreich und Schweden mit Wirkung zum 1. Januar 1995 der Europäischen Union bei³. Der Beitritt Norwegens scheiterte hingegen erneut an einem Referendum.

Der Europäische Rat einigte sich am 15. Dezember 1995 auf dem Madrider 23 Gipfel auf den Namen der zukünftigen europäischen Währung. Die bislang für die europäische Rechnungseinheit verwendete Bezeichnung „ECU“ (European

² Ex-Art. N Abs. 2 EUV.

³ ABl. EG 1994 Nr. C 241, S. 6.

Sachverzeichnis

Die Nachweise beziehen sich auf die Randnummern.

- 3 %-Sperrklausel im Europawahlrecht,
s. Rechtsprechung des BVerfG
- 5 %-Sperrklausel im Europawahlrecht,
s. Rechtsprechung des BVerfG

- Abkommen 30, 41 f., 77, 586, 616, 1423
 - Assoziierungsabkommen 19, 75, 80 f., 900, 1143, 1457 ff., 1482
 - Beitrittsabkommen 30, 106, 108 f., 127, 751 ff.
 - Europa-Abkommen 19
 - gemischte Abkommen 77, 81, 466, 1457, 1466
 - Handelsabkommen 470, 900, 1465, 1468, 1475
 - Lomé-Abkommen 1462
 - Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 2, 19, 1459
 - von Cotonou 1460, **1462 f.**
- Alimanovic* 769, 811, 819 f.
- Änderungen der Unionsverträge,
s. Vertragsänderung
- Änderungen durch den Amsterdamer Vertrag 24 f., 224, 248, 293, 435, 462, 682, 731, 856, 1136, 1144, 1389, 1392, 1451
 - Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Mitentscheidungsverfahrens 25
 - Einrichtung einer Strategieplanungs- und Frühwarninheit 1451
 - Erweiterung der Gemeinschaftskompetenz in der Visapolitik 25
- Änderungen durch den Vertrag von Lissabon **34 ff.**, 54 ff., 73 f., 84, 91 ff., 98, 105, 110 f., 119, 128, 141 f., 150, 185 ff., 196 f., 202, 219, 230 ff., 236, 246, 248 ff., 256 ff., 273, 275, 278, 286 ff., 301 ff., 306, 309, 315, 321 ff., 340, 344, 346 f., 361, 379, 392, 396, 423, 448, 531, 535, 674 ff., 691, 747, 766, 771 f., 779, 792, 828, 857, 1133 f., 1142, 1148, 1155, 1157 f., 1171, 1338 f., 1375, 1382, 1387 ff., 1424, 1435, 1448, 1464, 1466, 1481
- Änderungen durch den Vertrag von Nizza 26 f., 119, 528, 733, 1484
 - gerichtliche Kammern 26, s. auch Fachgerichte
 - Verfahren der Mitentscheidung 26
 - Verstärkte Zusammenarbeit 26
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 26, **315**
- Angebotssubstituierbarkeit 1217 ff.
- Äquivalenzgebot 482 f., 622, 627
- Agenda 2000 30
- Agentur der EU für Grundrechte 339
- Agrarpolitik, s. Landwirtschaftspolitik
- Air France* 1283
- Åkerberg Fransson* 704, 708 f.
- AKP-Staaten 1462 f.
- Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten 464
 - Beschlüsse nach der „gemischten Formel“ 464
 - „uneigentliche Ratsbeschlüsse“ 464
- Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ 1305
- Akzo Nobel* 1180
- Alcan* 1334
- Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts 421, **454 f.**, 489 f., 690, 1205
 - Grundrechte 480, **684 ff.**
- Allgemeiner Gleichheitssatz 635, **729 ff.**, **745**
- Allgemeines Diskriminierungsverbot
 - Art. 18 AEUV 730, **766 ff.**, 779, 781, 790, 794 805, s. auch Diskriminierungsverbot
 - Adressaten 768

- allgemeiner Gleichheitssatz s. dort
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags 772
- Anwendungsbereich des EAG-Vertrags 766
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags 779 ff.
- Beschränkungsverbot 767
- Binnenmarkt 766, 770
- Diskriminierung **766 ff.**
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 826
- Drittstaatsangehörige 770
- Drittwirkung 723
- Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger 775
- Gleichbehandlung ungleicher Sachverhalte 729
- Grundfreiheiten 770 f., 774 f., 777, s. auch dort
- Inländerdiskriminierung 777, s. auch dort
- Inländergleichbehandlung 769 f., s. auch dort
- offene Diskriminierung 785
- persönlicher Schutzbereich 770
- Rechtfertigung 787 ff.
- Rechtsetzungskompetenzen 772, 776
- sachlicher Schutzbereich 771
- Sozialrecht 775
- Subsidiarität 790
- Teilhaberechte 775
- Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte 783 ff.
- unmittelbare Anwendbarkeit 773
- Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz 783
- versteckte Diskriminierung 785 f., 788
- Alpine Investments* 1076
- Altmark Trans* 1281, 1303, 1347, **1348 ff.**, s. auch Daseinsvorsorge
- Ausschluss des Beihilfentatbestandes 1264 f., 1295
- Beihilfentatbestand 1348
- Betrauung 1336, **1342 ff.**, 1348, 1353 f.
- Nettomehrkostenausgleich 1346, 1348, 1356
- Benchmarking 1348
- Verhältnis zu Art. 106 Abs. 2 AEUV 1350
- Freistellungsentscheidung 1354 f.
- Transparenzrichtlinie 1356, 1358
- Amtsblatt der Europäischen Union 329, 440, 1315, 1447
- Amtshaftungsklage 573 ff.
- Begründetheit 581
- Form der Klageschrift 576
- Frist 577
- Funktion 573
- Parteifähigkeit 575
- Prüfungsschema 583
- Rechtsschutzbedürfnis 578
- Urteilswirkung 582
- Verhältnis zur Nichtigkeitsklage 579
- Vorrang des primären Rechtsschutzes 578
- Zulässigkeit 574 ff.
- Zuständigkeit, sachliche 574
- Angonese* 870, 969, 993
- ANETT* 876, 929, 981, 1030, 1074, 1077
- Antidumpingrecht 1470 ff.
- Antitrust-Recht 1193
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags **772 ff.**, 938
- Anwendungsbereich des EAG-Vertrags 766
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags **779 ff.**
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts **202 ff.**, 272, 381, 418, 692, 862, 890
- Adoptions- oder Vollzugslehre 204
- gegenüber den Grundrechten des Grundgesetzes 203
- Inländerdiskriminierung 207
- kein Geltungsvorrang 202
- Pflicht zur Aufhebung unionsrechtswidriger Bestimmungen 208
- Pflicht zur Durchbrechung der Rechtskraft mitgliedstaatlicher unionsrechtswidriger Urteile 211
- Rücknahmeverpflichtung für bestandskräftige, unionsrechtswidrige Verwaltungsakte 209 f.
- Transformationslehre 204
- Transformationsunbedürftigkeit des Unionsrechts 205

- unionsrechtskonforme Auslegung 206 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts 205
- AOK Bundesverband* 1179
- Äquivalenzgebot 482 f., 622
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 870, **951 ff.**, 1023, 1057
- Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit 957
- Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 956
- Adressaten 967 f.
- Arbeitgeber 957, 964
- Arbeitnehmerbegriff 953 ff.
- Arbeitnehmerüberlassung 957
- Aufenthalts- und Bewegungsrecht 959 f.
- Ausweisung 985
- Begünstigte 963 ff.
- Bereichsausnahme 961 f.
- Berufssportler 954
- Beschränkungsverbot 976
- Diskriminierungsverbot 976
- Drittwirkung 969
- Familienangehörige 965
- *Gebhard*-Formel 976
- grenzüberschreitender Anknüpfungspunkt 958
- Inländerdiskriminierung 958
- *Keck*-Formel 981 f.
- Rechtfertigung von Eingriffen 983 ff.
- Schranken 984
- Schranken-Schranken 994
- Schutzbereich 952 ff.
- sittenwidrige Tätigkeit 955
- soziale Vergünstigungen 972
- Verhältnis zu den Grundrechten 990 ff.
- Architektur der Europäischen Union 54 ff.
- Art. 18 Abs. 1 AEUV s. Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV
- Assoziierung mit der Europäischen Union 19, **1456 ff.**
 - Abkommen 19, **1457 ff.**
 - Begriff 1456
 - Beitrittsassoziiierung 1458
 - Entwicklungsassoziiierung 1460
 - Europa-Abkommen 19
 - Freihandelsassoziiierung 1459
 - konstitutionelle Assoziierung 1456
- AstraZeneca* 1214
- Asylpolitik 1138
 - Eurodac 1139
 - Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) 1139
 - Umsiedlungsbeschlüsse 1140
- Aufenthaltsrecht, Bewegungsrecht s. Bewegungs- und Aufenthaltsrecht
- Auftrag, Aufträge 273, 303, 1348, **1360 f.**, **1363 ff.**, 1436
- Auftraggeber 1361 ff.
- Auftragsvergabe 1360 f.
- Auftragsvergaberichtlinie 1360 ff.
- Ausbeutungsmissbrauch 1227
- Außenbeziehungen der Europäischen Union **71 ff.**, 82, **1399 ff.**
 - Assoziierung 1456
 - Außenvertretungen 259, 299, 305, 1448
 - Beitritt zu internationalen Organisationen 78
 - gemischte Abkommen 77, 81, 466, 1457, 1466
 - Gesandtschaftsrecht 83
 - Handelspolitik 173, **1464 ff.**
 - Vertragsschlusskompetenzen 75 ff.
 - Vertragsschlussverfahren 80 f.
 - Völkerrechtsfähigkeit 75, 83
 - Währungsabkommen 80
- Außenminister der EU, s. Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik 304 ff.
- Außenpolitik der Union 15, 1443
- Auslegung
 - Absicherung des unionsrechtlichen Auslegungs- und Verwerfungsmonopols des EuGH 596
 - „effet utile“ **195**, 493 f., 610, 646, 1333 f.
 - enge 932
 - fehlerhafte 165
 - gemeinschaftsrechtskonforme nationalen Rechts, s. unionsrechtskonforme nationalen Rechts
 - grundfreiheitskonforme Auslegung 889 f.
 - implied powers 186
 - teleologische 195
 - unionsrechtskonforme nationalen Rechts 206, **212 ff.**
 - unionsrechtliche Norm 657

- Ausnahmeklauseln 1263, 1336
 Ausnahmetatbestände 443, 1264, 1309 ff.
 Ausschluss aus der Europäischen Union 116
 Ausschreibungsverfahren 1276, 1371 ff.,
 s. auch Vergaberecht, Vergabeverfahren
 Ausschuss der Regionen 149, 196, 330,
 334 ff., 341, 527 ff., 539 ff.
 Austritt aus der EU 40 f., **111 ff.**, 126, 275
 – Austrittsabkommen 41, 112 ff.
 – Austrittsrecht 112 f.
 – Brexit 40 ff., 234, 275 f.
 Auswirkungsprinzip 1255
- Backstop 42, 114, s. auch Brexit
Bananenmarktordnung, s. Rechtsprechung
 des BVerfG
Banchemo 1178
 Bankenaufsicht, s. Wirtschafts- und
 Währungsunion
 Bankenunion, s. Wirtschafts- und
 Währungsunion
 Barcelona-Prozess 1461
 Baukonzession 1363
 Bauleistungen 1360, 1363 f.
 Beeinträchtigung
 – des zwischenstaatlichen Handels 911,
 1192, 1198, 1302 f., s. auch
 Handelsbeeinträchtigung
 – von Grundfreiheiten durch Private 507,
 520, 653, 695, 911, 946, **950**, 990, 1033,
 1042
 – Wettbewerb 545, 1192 f., s. auch
 Wettbewerbsverfälschung
 Begünstigung 406 ff., 566, 1266, **1267 ff.**,
 1292, 1303, 1330, 1347, 1349
 Behinderungsmissbrauch 1227 f.
 Beihilfen 422, 445, 485 f., 515, 542, 545 ff.,
 566, 624 f., 1164, 1174, **1261 ff.**, 1337,
 1348 ff.
 – Abgaben- und Umlagesysteme 1287 f.
 – Ad-hoc-Beihilfen 1309
 – Allgemeine
 Gruppenfreistellungsverordnung 1262,
 1306, 1312
 – Aufsichtsverfahren 545, 1263
 – Ausnahmeklauseln, beihilfenrechtliche
 1304 ff., 1308 ff., 1336 ff.
 – Begriff 1266 ff.
 – Beihilfenaufsicht 540 f., 545, 1317 ff.
 – Beihilfempfänger 486, 1278, 1313 f.,
 1331 ff.
 – Beihilfenkontrolle 1261 ff., **1317 ff.**
 – Beihilfenrecht 1261 ff.
 – Beihilfenregelungen 1309, **1313 ff.**
 – Beihilfenrückforderungsentscheidung
 486, 542, 1326 ff.
 – Beihilfentatbestand **1265 ff.**, 1347,
 1348 ff.
 – Beihilfenverbot 485, 1263 f., **1265 ff.**,
 1304 ff., 1337
 – Beihilfenverfahren 1317 ff.
 – Belastungsminderungen 1290 f.
 – bestehende Beihilfe 1320
 – Bindungswirkung/Abweichungsverbot
 1332
 – „de minimis“-Beihilfenäquivalent 1352
 – Durchführungsverbot 1317, 1319, 1328,
 1331, 1334 f.
 – Einzelbeihilfen 1309, 1314 f., 1319
 – Finanz- und Wirtschaftskrise 1261, 1325
 – funktionale Entflechtung
 nichtwirtschaftlicher Tätigkeit 1295
 – genehmigte Beihilfen 542, 1318
 – gerichtliche Überprüfbarkeit/Prüfdichte
 1266
 – horizontale Beihilfen 1311
 – Infrastrukturförderung 1277 f.
 – Legalausnahme 1308
 – Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis
 1277, 1280 f.
 – „market economy investor“ 1272 ff.
 – Marktanalyse 1192, 1301, 1348
 – Marktbedingungen 1191, 1267, 1301
 – Marktversagen 1305 ff.
 – Maßnahmenpaket der Kommission
 1262, 1342, 1347, **1350 ff.**
 – mittelbare Begünstigung 1269, 1283 ff.
 – neue Beihilfe 1319
 – Notifizierungspflicht 1313 f., 1323 f.,
 1353, 1355
 – Notifizierungsverfahren 486, 1313, 1316,
 1317 ff.
 – „private investor“ 1272 ff.
 – rechtswidrige Beihilfen 486, 542, 566,
 1318 f., 1322, **1329 ff.**, 1334

- regionale Beihilfen 1303, 1309, **1311**
- Rückforderung 1326 f., 1329 ff.
- sektorale Beihilfen 1311
- Selektivität 1296 ff.
- Spürbarkeit 545, **1196 f.**, 1301
- staatliche Beihilfen 1261 ff., **1287 ff.**, 1305, 1332, 1350
- Steuerbeihilfen 1299
- Stillhalteverpflichtung 1317, 1319, 1328, 1331, 1334 f.
- Verfahrensverordnung 1318 ff., 1331
- Vertrauensschutz, eingeschränkter 486, 1333 f.
- Wertgutachten 1280
- Wettbewerbsverfälschung 1261, **1301 ff.**, 1308
- wirtschaftliche Kontinuität 1333
- Beitritt 14, 17, 19, 22, 30 ff., **102 ff.**, **109**
 - Acquis communautaire 103, 108
 - Balkanstaaten 31
 - Beitrittsabkommen 30, **109**
 - Beitrittsassoziiierung 1458
 - Beitrittspartnerschaften 31, 1458
 - Beitrittsverfahren 104, **106 f.**, 113
 - Beitrittsvoraussetzungen 102 ff.
 - Beitrittswirkung 108
 - Dänemark 14
 - Finnland 22
 - Griechenland 17
 - Großbritannien 14
 - Irland 14
 - Island 32
 - Kein Beitrittsanspruch 104
 - Abschaffung der bisherigen Säulenstruktur 38
 - Kopenhagener Kriterien für Beitritt 104
 - Kroatien 30
 - Norwegen 14, 22
 - Österreich 22
 - Osterweiterung 19, **30 ff.**
 - Schweden 22
 - Serbien 31
 - Türkei 32
 - Übergangsregelungen im Beitrittsabkommen 108
 - Übernahme des unionalen Besitzstandes 108
- Belastungsminderung 1290 f.
- Beschluss 29, 254 ff., 263 ff., 274 ff., **422 ff.**, **450**, 1358, 1388, 1437
 - Aufhebung belastender Individualbeschlüsse 446
 - Beihilfenrückforderungsbeschluss 424, 1326 ff.
 - Beschlüsse nach der „gemischten Formel“ 464
 - Durchsetzung 447
 - GASP 429
 - individualgerichteter Beschluss 422, 440
 - individuelle Geltung 422
 - Rechtshandlungen eigener Art 392
 - staatterichteter Beschluss 422, 440
 - unmittelbare Geltung 423
 - unmittelbare Anwendbarkeit 427
 - unmittelbare Wirkung 427
- Beschränkungsverbot 767, 777, 786, **825 ff.**, **874 ff.**, 890, 970, 974, **976 ff.**, 981 f., **1029 f.**, 1062, 1066, 1068 f., 1071, **1072 ff.**, 1092, **1106 ff.**, s. auch Diskriminierungsverbot, s. auch Grundfreiheiten
- Besonderes Gesetzgebungsverfahren 396
- Bestimmte Verkaufsmodalitäten 922
- Bestimmtheit 367, 417, 1292, 1296
- Bestimmungslandprinzip 872, 875, 881
- Betrugsbekämpfung 680 f.
 - UCLAF 680
 - OLAF 680 f.
- Bewegungs- und Aufenthaltsrecht **755 ff.**, **791 ff.**, s. auch Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger
- Binnenmarkt 13 f., 17, 86, 172, 770 f., 860 ff., **893**, 1163, 1165, **1260**, 1360, **1375 ff.**, **1382 ff.**, 1464, s. auch Gemeinsamer Markt
 - als Grundlage der Rechtsangleichung der Mitgliedstaaten **1375 ff.**
 - *Cassis*-Rechtsprechung 941 ff., 945
 - Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 943, s. auch dort
 - dogmatische Unschärfe der Rechtsfigur der versteckten Diskriminierung 942
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 945
 - hinreichende Etikettierung 945
 - keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 940
 - Konvergenz der Schranken 942

- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 945
- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 941
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 942
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 942
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 942
- Biopatent-Richtlinie 727
- Bosman* 977 f., 981, 1023
- Brexit 40 ff., 114 f., s. auch Austritt aus der EU
- Brey* 820
- Bronner* 1229
- British American Tobacco* 1248
- Bündelung 1236, 1238
- Bürgerbeauftragter 849 ff.
- Bürgerinitiative 857 f.
- Bundesnetzagentur 1246, 1288
- BVVG* 1280

- Cartesio* 1012, 1015, 1017
- Cassis de Dijon*, *Cassis*-Rechtsprechung, *Cassis*-Formel 522, 879, 917 ff., 932, 941 ff., 987 ff., 1034 ff., 1081 ff., 1118 ff., 1194, 1378
- Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 943
- dogmatische Unschärfe der Rechtsfigur der versteckten Diskriminierung 942
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 945
- hinreichende Etikettierung 945
- keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 943
- Konvergenz der Schranken 942
- Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 945
- negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 941
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 942
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 942
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 942
- CELF/SIDE* 486
- Centros* 1013, 1015
- CETA 1466, s. auch Handelsabkommen
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 35 f., 39, 60, 84, 689 ff., 739, 765, 796, 856, 1131, 1332, 1341
- CIA Security International* 414
- Connect Austria* 1183
- Consten & Grundig* 1187
- Continental Can* 1248
- Corbeau* 1345
- Costa/ENEL* 203, 685

- Daily Mail* 1010, 1012, 1015 f.
- Danske Slagterier* 669
- Daseinsvorsorge 962, 1262 ff., 1281, 1336 ff.
- *Altmark-Trans*-Rechtsprechung 1281, 1303, 1347, 1348 ff.
- Art. 14 AEUV: Kein subjektives Recht 1341
- Art. 14 AEUV: Keine unmittelbare Geltung 1341
- Bedeutung 1341
- Beihilfenrecht 1262 ff.
- Definition 1341
- Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1338 ff., s. auch dort
- Gemeinwohlverpflichtung 1340, 1343 f.
- Gewährleistung durch die Mitgliedstaaten 1340, 1343 f.
- Rechtfertigung von staatlichen Ausgleichsleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV, s. dort
- und Wettbewerb 1336 ff.
- Universaldienst 1315 f., 1319, 1321
- Dassonville* 876, 878, 917 ff., 922 ff., 929 f., 1106, s. auch Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- Davignon- oder Luxemburger-Bericht 13, 15
- DAWI 1336
- DAWI-Paket 1342, 1347, 1350 ff.
- Delegationen der EU 83, 299, 1443

- Delegation 229, 362, 1404
- „De-minimis“ 1196, 1291 f., 1350, 1352
- Beihilfen 1301 f., 1350, 1352
- Kartellrecht 1196
- Demokratie in der europäischen Integration 136 ff.
- Fähigkeit des Europäischen Parlaments, demokratische Legitimation zu erzeugen 137
- Grundsatz der Gleichheit der Wahl 137
- Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente („COSAC“) 146
- Voraussetzungen einer gemeineuropäischen politischen Willensbildung 139
- Deutsche Demokratische Republik 19
- Deutsche Telekom AG* 1186
- Delors-Bericht 18, 1383
- D’Hoop* 824
- Diego Cali & Figli* 1178
- Dienstleistungen 17, 732, 860 ff., 957, **1043 ff.**, **1057 ff.**, 1086 ff., 1096 ff., 1182 ff., 1293, 1336 ff., 1360 ff., 1466 ff., s. auch Dienstleistungsfreiheit
- Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1336 ff., 1347 ff.
- Dienstleistungsfreiheit **1043 ff.**, **1093**, 1103 ff., **1124**
- Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit 1048
- Abgrenzung zur Kapitalverkehrsfreiheit 1050, 1124
- Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit 1049
- Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit 1047
- aktive Dienstleistungsfreiheit 1053, 1055, 1059, 1063, 1065, 1068 f., 1072, 1074
- Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien 1086 ff.
- Ansässigkeits- bzw. Niederlassungserfordernis 1066
- Arbeitnehmerüberlassung 1048
- Aufenthalts- und Bewegungsrecht 1055
- Beeinträchtigungen 1062 f.
- Begriff der Dienstleistung 1045 ff.
- Bereichsausnahme für die Ausübung hoheitlicher Gewalt 1056
- Berufsqualifikationen 1087
- Beschäftigte von Dienstleistungsunternehmen 1048
- Beschränkung 1072 f.
- Beschränkungsverbot 1062, 1066, 1068, 1072, **1093**
- Binnenmarkt 1043
- Dienstleistungsempfänger 1044, 1046 ff., 1050, 1052, 1054, 1056, 1058 ff., 1064 ff.
- Dienstleistungserbringer 1044, 1048 f., 1051, 1053 ff., 1059 ff., 1067 ff.
- Dienstleistungsmodalitäten 1043
- Diskriminierung 1064 ff.
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 1068, 1073
- Drittstaatsangehörige 1050, 1054
- Eingriff 1061 ff.
- Entgelt 1046
- Entsendung von Arbeitnehmern 1048, 1060
- Grundrechtsschutz 1084
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 1085
- Inländergleichbehandlung 1062, 1065, 1068, 1071, 1074, 1093
- intermediäre Gewalten 1061, 1084
- juristische Personen 1058, 1060, 1067
- kein Inländergleichbehandlungsgebot 1067
- *Keck*-Rechtsprechung 1074 ff., 1093, 1124
- Korrespondenzdienstleistungen 1053, 1059, 1090
- Leistungsempfänger 1046
- Modalitäten der Dienstleistungsfreiheit 1053 f., 1059, **1093**
- offene Diskriminierung 1064, 1065, 1067, 1070
- öffentliche Gesundheit 1078
- öffentliche Ordnung 1051 f.
- öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit 1051
- Parallele zur Niederlassungsfreiheit 1043
- passive Dienstleistungsfreiheit 1053, 1055, 1056, 1059, 1063, 1070, 1074, 1093
- persönlicher Schutzbereich 1057 ff.
- Recht der Dienstleistungsempfänger 1044
- Rechtfertigung 1078 ff.

- Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes 1084
- Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses 1081 ff.
- Rechtfertigung der Eingriffe intermediärer Gewalten 1084
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 62 i. V. m. Art. 52 Abs. 1 AEUV 1078 ff.
- Rechtfertigungsmaßstab 1062
- sachlicher Schutzbereich 1045 ff.
- Schranken-Schranken 1085
- Schutz nationaler Grundrechte 1117
- Schutzpflichten 1061, 1122
- Subsidiarität der Dienstleistungsfreiheit 1050
- Unionsgrundrechte 1085
- unmittelbare Anwendbarkeit 1043
- Verpflichtungsadressaten 1061
- versteckte Diskriminierung 1064 f., 1081
- vertraglich vorgegebene Subsidiarität 1045
- Dienstleistungskonzession 1363
- Dienstleistungsrichtlinie 1088 ff.
- Anwendungsbereich 1089
- Begriff der Dienstleistung 1089
- Herkunftslandprinzip 1088
- Direktinvestitionen 1097, 1100, 1464 ff.
- Diskriminierungsverbot 688, **766 ff.**, **791**, 810, 822, **859**, **872**, 875, 878, 915, 961, 1024 ff., 1049, 1062 ff., 1074, 1090, 1106, 1278, 1365, 1373
- allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV 688, **766 ff.**, **791**, 810, **822**, **872**, s. auch dort
- Anwendungsbereich des AEU-Vertrags 772 ff., 783, **791**, 824 f.
- Anwendungsbereich des EU-Vertrags 779 ff.
- Anwendungsvorrang 777
- Beschränkungsverbot 767, 776 783 ff., 815, 827, 859, 874 f., 877 f., 881, 941 f., 971, 974, 976 ff., 997, 1029, 1062 f., 1066, 1069 f., 1072 ff., 1093, 1106 f., s. auch dort
- besondere Ausformungen des allgemeinen Gleichheitssatzes 730, 767, 783
- Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 776, s. auch dort
- Binnenmarkt 766, 770
- Dienstleistungsfreiheit 1064 ff.
- derivative Teilhaberechte 775
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 783, 786, 824, 867, 872, 877
- Diskriminierung aufgrund von, nach Staatsangehörigkeit 766 ff., 768, 778, 783 ff., 791, 810, 822, 831, 872 ff., 915, 952, 969, 971 ff., 974, 997, 1024 ff., 1042, 1062 ff., 1093, 1106
- Drittstaatsangehörigkeit 769
- Drittwirkung 768
- Europäische Union, ihre Organe und Einrichtungen 768
- Gleichbehandlung nicht vergleichbarer Sachverhalte 784
- Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern, s. dort
- Grundfreiheiten 766, 770, 772, 774 f., 860 ff., 892 f., 911, 929 f., 964, 981 ff., 1007, 1035, 1045 ff., 1074 ff., 1094, 1098 ff., 1109, 1365, 1379, 1433, 1459, s. auch die einzelnen Grundfreiheiten
- Inländerdiskriminierung, s. dort
- Inländergleichbehandlung, s. dort
- Mitgliedstaaten 768
- Niederlassungsfreiheit 1024, 1029 ff., s. auch dort
- offene Diskriminierung **785 f.**, 798 f., 971, 1024, 1064 ff.
- persönlicher Schutzbereich, s. Grundfreiheiten
- Rechtfertigung 787 ff.
- sachlicher Schutzbereich, s. Grundfreiheiten
- unbeschadet besonderer Vorschriften der Unionsverträge 767
- Ungleichbehandlung vergleichbarer Sachverhalte **783 ff.**, 1028
- unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot 785, 810, **815 ff.**, **859**
- unionsbürgerliche Freizügigkeit 772, 775 ff., 786, **791**, s. auch dort
- unmittelbare Anwendbarkeit 766, 773

- versteckte Diskriminierung **785 ff.**, **791**, 872 f., 878, 942, 950, 952, 971, 973 ff., 988, 1025, 1028, 1030, 1042, 1064 ff., 1081, 1090, 1431
- Doha-Runde 1467
- Doppel- oder Mehrfachabstützung von EU-Rechtsakten 181 f.
- Dory* 1429
- Drittstaatsangehörige 767, 769, 813, 839, 856, 867, 963, 965, 1005, **1057 ff.**
- Dumping 1470 ff.
- Durchführungsverbot 485 f., 1319 ff., 1322, 1326 ff.
- DVGW 870, 910

- EAD, s. Europäischer Auswärtiger Dienst
- ECLI 506
- Effektivitätsgebot 482 f., 622 f.
- „*effet utile*“ (nützliche Wirkung) **195**, **493 f.**, 610, 646, 1333 f.
- EFSS, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- EFSM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Eingriff in ein Grundrecht 736 ff.
- Eingriff in eine Grundfreiheit **867**, 910 ff., 967 ff., 1023 ff., 1061 ff., 1105 ff.
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 967 ff.
 - Dienstleistungsfreiheit 1061 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1105 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 1023 ff.
 - Warenverkehrsfreiheit 910 ff.
 - Zahlungsverkehrsfreiheit 1105 ff.
- Einheitliche Europäische Akte (EEA) 17 f., 230
- Einheitlicher institutioneller Rahmen, s. Europäische Union, s. Institutioneller Rahmen
- Einnahmen der EU 672 ff.
 - Eigenmittel, Eigenmittelbeschluss 672, **675**
 - sonstige 673, **683**
- Einrichtungen der EU 324, 328, **341**, 443, 531 f., 550, 558 f., 561, 586, 599, 619, 680 f., 725, 736
- Einstweiliger Rechtsschutz **607 ff.**, 619
 - Antrag, Akzessorietät 608
 - Antrag, Begründetheit 612
 - Antrag, Konnexität 608
 - Antrag, Zulässigkeit 608 ff.
- Antragsrecht, Voraussetzungen 609
- Beschluss 613
- Beschlusswirkungen 613
- Dringlichkeit 612
- „Einstweilige Anordnung“ 607
- Erforderlichkeit 610
- Funktion 607
- Geeignetheit 610
- Notwendigkeit 612
- Prüfungsschema 614
- Rechtsschutzbedürfnis 610
- summarische Prüfung 612
- Einzelhandelspreisbindung 905, 1167, 1200
- Empfehlungen und Stellungnahmen **430 f.**, 450
 - Unverbindlichkeit 430
- Emmott* 624
- EMRK-Beitritt II* 757 ff.
- ENI* 1228
- Entflechtung
 - eigentumsrechtliche 1306
 - funktionale 1295
- Entwicklungszusammenarbeit 1483
- Embargomaßnahmen s. auch Handels-embargo
 - Kapital- und Zahlungsverkehr 1123
- Ermessen 104, 292, 368, 389, 433, 486, 489, 517, 542, 548, 51, 556, 570, 589, 612 f., 636, 658 f., 662, 699, 779, 846, 851, 882, 913, 1085, 1113, 1205, 1261, 1263, 1266, 1296 ff., 1304, 1306, 1309, 1323, 1344, 1349, 1371, 1410, 1474
 - Ermessensreduzierung 570, 913
 - Ermessensspielraum 104, 473, 542, 570, 658 ff., 699, 851, 882 f., 1266, 1296 f., 1304, 1309 ff., 1323, 1474 f.
 - Ermessenstatbestände 1309, 1311
- Erschöpfungsgrundsatz 938
- ERT* 699 f.
- ESM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- ESM/Fiskalpakt*, siehe Rechtsprechung des BVerfG
- Essential Facility 1228
- Essent Network* 1288
- EU-Grundrechte, s. Grundrechte
- EU-Rahmen 119, 1306, 1311, 1350, 1355 f.
- Euratom, s. Europäische Atomgemeinschaft

- Eurobonds, s. Wirtschafts- und Währungsunion
Eurocontrol 1178
 Euro-Gipfel, s. Wirtschafts- und Währungsunion
 Eurojust 1154 ff.
 Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln 339
 Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) 1135 f.
 Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union (Frontex) 1135 f.
 Europäische Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) 2, 10 f., 20, 38, 41, 54, 105, 114, 120, 223, 682
 Europäische Drogenberatungsstelle 339
 Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) 2, 19, **1459**
 Europäische Gemeinschaft (EG) **7 ff.**, 20 f., 25, 28, 38, 223, 686, 747 f., 1467 f.
 – Auflösung durch Vertrag von Lissabon 55
 – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 20
 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) 2, **7 ff.**, 20 f., 28 f., 223 f., 684
 – Auflösung 28 f.
 – Hohe Behörde 10
 – Ministerrat 10
 – Protokoll von Nizza über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags (EGKS-Protokoll) 28
 Europäische Grundrechteagentur 339
 Europäische Investitionsbank (EIB) 330, **338**, 358, 628, 632, 1483
 Europäische Kommission, s. Kommission
 Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR) 48
 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) 2, 7, **46 ff.**, **51**, 307, 684 f., **747 ff.**, 750
 – 1. Zusatzprotokoll 51, 258, 730
 – 6. Zusatzprotokoll 49
 – 11. Zusatzprotokoll 48
 – 12. Zusatzprotokoll 51
 – 13. Zusatzprotokoll 51
 – 14. Zusatzprotokoll 49
 – 15. Zusatzprotokoll 50
 – 16. Zusatzprotokoll 50
 – allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts 694
 – Beitritt der Union 39, 81, 470, 747, **750 ff.**
 – Bindung der Union an die EMRK 747
 – Protokoll Nr. 14 bis 47, 49
 – Rang 46
 Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) 8, 11
 Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) 13, 17, 684, 1433
 Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), s. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
 Europäische Umweltagentur 339
 Europäische Union (EU) 2, 5, 11, **16**, 18 ff., **21**, 26, 30 ff., 33, 34 ff., **53 ff.**, 71 f., 80, **82**, **127 ff.**
 – Agenturen **339**, 550, 681, 855, 1135 f., 1416, 1438, 1452
 – Änderung des EU-Vertrags **91 ff.**, 100
 – Beachtung des föderalen Prinzips beim Ausbau der EU 148 ff.
 – Begriff der Europäischen Union 53
 – Brückentheorie 158
 – Einrichtungen und sonstige Stellen 324, 329, **339**, 443, 531 f., 550, 558, 561, 586, 599, 619, 680 f., 725, 736
 – Europäische Union und Mitgliedstaaten 127 ff.
 – Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG 143 f., 146 ff., 154 ff., 161 ff., 169, 835, 839, 1398, 1403, 1406
 – Ewigkeitsgarantie als absolute Schranke beim Ausbau von Union 144
 – Grenzen der Integrationsgewalt 143, 153, 162
 – Gründung 20
 – Institutionelle Grundlagen der Europäischen Union 127 ff.
 – Institutioneller Rahmen **71 ff.**, 84, 226

- Integrationsgewalt 128, 132, 143, 148, 153, 162, 835
- Kompetenzübertragungsklausel 154
- Kontrollbefugnis des BVerfG 152 ff.
- Kooperationsverhältnis des BVerfG mit dem EuGH 133
- Landesblindheit des EG-Rechts 148, 221, 336
- Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union 150
- Öffnung der nationalen Rechtsordnung 128
- Rechtssubjektivität gemäß Vertrag von Lissabon 73 f.
- Solange II-Rechtsprechung des BVerfG 133, 162 f.
- Souveränitätspanzer 60, 128
- Subsidiaritätsprinzip 186 ff.
- Struktursicherungsklausel (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG) 132, 154
- Supranationale erste Säule der Union 54, 63 f., 129
- Supranationaler Charakter des Unionsrechts 61 f.
- Supranationalität 61
- Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen und internationale Organisationen 127 f.
- Unionsorgane 227 ff.
- Verfassungsbestandsklausel (Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG) 143, 154
- Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausbaus der Union 143 ff.
- Verfassungsrechtliche Grundlagen der EU-Mitgliedschaft nach dem Grundgesetz 127 ff.
- Wirksamer Grundrechtsschutz als verfassungsrechtliche Teilnahmevoraussetzung 133 ff.
- Zustimmungsgesetz 21, 127, 137, 152, 158, 185, 204 ff., 381
- Europäische Verteidigungsagentur 1438, 1452
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 8, 11
- Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) 1019
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), s. Europäische Gemeinschaft
- Europäische Zentralbank (EZB) 90, 94, 321 ff., 504, 527 f., 531 f., 539 f., 581, 632, 640, 1381, 1387, 1409 ff., 1415 f., 1423, s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
 - Organstellung 321
 - Sitz 321
- Europäischer Auswärtiger Dienst 83, 304, 855, 1449
- Europäischer Flüchtlingsfonds 1145
- Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGLF) 1129
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 26, 71, 134, 163, 167 f., 203, 222 ff., 306 ff., 454, 488 ff., s. auch Gericht (EuG), s. auch Fachgerichte
 - Abgrenzung zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 307
 - Abgrenzung zum Gericht 306
 - Fachgerichte 306, 315, 320, 488, 495 f., 606
 - Generalanwälte 309, 311 ff., 316, 425, 505
 - gerichtliche Kammern 26, 320
 - Große Kammer 310, 317
 - Kanzler 273, 314
 - Neubesetzung der Richterstellen 309, 316
 - Plenum 310, 317, 505
 - Rechtsschutz vor dem EuGH, s. dort
 - richterliche Rechtsfortbildung 489, 646
 - Schlussanträge der Generalanwälte 312 f., 505
 - Sitz 306
 - Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs 488 ff.
 - Wiederernennung der Richter 308
 - Zuständigkeit im Rahmen der GASP 1435
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 495 ff.
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 46, 47, 747 ff.
 - *DSR Senator Lines* 749
 - *Matthews* 249, 839

- Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 1129
- Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 1129
- Europäischer Rat 15, 17 ff., 30 ff., 34 ff., 92 ff., 97 f., 120, 219, **256 ff.**, 287 f., 302, 356, 377, 561, 689, 1138, 1152, 1161, 1383, 1392, 1417 ff., 1442
- Abgrenzung vom Europarat 43
 - Abgrenzung zum Rat der Europäischen Union 265
 - Bezeichnung 15
 - Einstimmigkeitsprinzip 264
 - Leitlinien der GASP 424, 1436, 1472
 - Organqualität 39
 - Präsident 39
 - Vorsitz 258
 - Zusammensetzung 257 ff.
- Europäischer Sozialfonds (ESF) 1432
- Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) 1396, 1404, **1405 ff.**, 1410
- Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) 2, 19, 1459
- Europäisches Einheitspatent 1381
- Europäisches Gericht, s. Gericht (EuG)
- Europäisches Gericht erster Instanz, s. Gericht (EuG)
- Europäisches Gesetz 37
- Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR) 1136
- Europäisches Parlament 15, 39, **230 ff.**
- demokratische Legitimation 138, 250
 - Direktwahl 15
 - Wahlrechtsgleichheit 138, 236, 238, 241, 250
- Europäisches Semester 1396
- Europäisches System der Zentralbanken 18, **323 ff.**, 1387
- Europäisches Währungssystem (EWS) 14, 321, 1384 f., 1423, s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
- Europäisches Wettbewerbsnetz 1259
- Europaidee 3 ff.
- Europarat 2, 6, **43 ff.**, **51**, s. auch Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
- Aufgaben 44
 - Beratende Versammlung 44
 - Kongress der Gemeinden und Regionen 44
 - Ministerkomitee 44
 - Parlamentarische Versammlung 44
 - Sekretariat 44
- Europarecht 1 f., **51**, s. auch Unionsrecht
- im engeren Sinne 2, **51**
 - im weiteren Sinne 2, **51**
 - primäres 1
 - sekundäres 1
- Europol 1155, 1157, **1159**
- Euro-Rettungsschirm 1400 ff.
- Euro-Rettungsschirm*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Evidenzkontrolle 763
- Exklusivvereinbarung 1233, 1239
- Fachgerichte 306, 315, **320**, 488, 495 f., 606
- Ferlini* 768
- Fidium Finanz AG* 1050, 1102
- FIAMM* 634
- Finanzkrise, s. Staatsschuldenkrise
- Fischereipolitik 368, **1125 ff.**, 1128
- Fiskalpakt 615, 1391, **1397**, 1405
- Flughafen Leipzig/Halle* 1294
- Fördermittel 1261, 1294
- Förderungen 1261
- Fonds 28, 68, 299, 1129, 1267, 1432, 1454
- Europäischer Flüchtlingsfonds 1145
 - Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGLF) 1129
 - Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 1129
 - Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 1129
 - Europäischer Sozialfonds (ESF) 1432
 - Kohäsionsfonds 68
- Forschung und technologische Entwicklung 17
- Fouchet-Plan 11
- Freihandelsabkommen, s. Handelsabkommen
- Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, s. Dienstleistungsfreiheit
- Freiheit des Warenverkehrs, s. Warenverkehrsfreiheit

- Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV
1167, 1172 ff., **1198 ff.**, 1223, 1243, 1256
- Freistellungsentscheidung der Kommission
1201 ff.
- Freistellungsverordnungen, s. Gruppen-
freistellungsverordnungen
- Freizeitbad Dorsten* 1303
- Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger 772,
775 f., 778 f., 781, **809 ff.**, 971
- Aufenthaltsrichtlinien 809, 818
 - Aufenthalts- und Bewegungsrecht 809 ff.
 - Diskriminierung aus Gründen der
Staatsangehörigkeit 779 f., 785
 - Diskriminierung grenzüberschreitender
Sachverhalte 824
 - Drittstaatsangehörige 813
 - Eingriff 815
 - EU-Grundrechte 821
 - Familienangehörige 813
 - Grundfreiheiten 786, 809, 815, 817
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 819
 - persönlicher Schutzbereich 813
 - Rechtfertigung 816 ff.
 - sachlicher Schutzbereich 812
 - Sekundärrecht 815, 816 ff., 828 ff.
 - Subsidiarität 809
 - unmittelbare Anwendbarkeit 809
 - Vorbehalt sozialer Absicherung 817 ff.
 - Wahrung berechtigter Interessen 818
- Fusionsabkommen 224
- Fusionskontrolle 475, 1164, 1223, **1247 ff.**
- Fusionskontrollverfahren 1252
 - Fusionskontrollverordnung 1164, 1245,
1248 ff., 1256
 - „more economic approach“ 1167 ff.,
1226, 1262, 1301, 1305, 1307, 1379
 - „one-stop-shop“ 1253
 - Schwellenwerte/Umsatzschwellenwerte/
Generalschwellen/Spezialschwellen
1220, 1245, 1249
 - „significant impediment of effective
competition“ 1251
 - unionsweite Bedeutung 1248 f., 1252 f.,
1256
 - Unternehmenszusammenschlüsse 1171,
1247 f., 1256
- Fusionsvertrag 12, 224, s. auch Organe der
Union, s. auch Fusionsabkommen
- Garcia Avello* 784
- GATT, s. General Agreement on Tariffs
and Trade
- Gawweiler u. a./Deutscher Bundestag* 1410
- Gebhard, Gebhard-Formel* 876, 976,
987 f., 990, 1029 f., 1034
- Gegenleistung 899, 953, 1046, 1094, 1103,
1267, 1270, 1273 f., 1276 ff., 1290, 1349,
1363
- Geldbuße 447, 673, 683, 749, 1173, 1202,
1205, 1210 1228, 1235, 1239
- Gemeinsame Außen- und Sicherheits-
politik (GASP) 20, 26, 38, 53, 56 f., **63 ff.**,
74, 80, **84**, 89, 128, 183, 184, 226, 259,
280 ff., 303 ff., 344, 375, 378, 379 f., 396,
424, 471, 473, 492, 516, 521, 533, 586,
779, 1162, **1433 ff.**, **1455**
- Abschluss völkerrechtlicher Verträge in
Angelegenheiten der GASP 74
 - allgemeine Leitlinien 1442
 - Beschlussverfahren des Rates 375 f.
 - Einstimmigkeitsgrundsatz 1435
 - Europäische Verteidigungsagentur 1438,
1452
 - Finanzierung 1454
 - gemeinsame Aktionen 1464
 - Gemeinsame Sicherheits- und
Verteidigungspolitik (GSVP) 1437 ff.
 - gemeinsame Strategien des Europäischen
Rates 1451
 - Handeln des Europäischen Rates 1434,
1442, **1455**
 - Handelsembargo 1479 ff.
 - Hoher Vertreter für die GASP 1448
 - Justiziabilität 424, 491 f.
 - Leitlinien des Europäischen Rates 1436
 - Militärausschuss der EU 1452
 - Militärstab der EU 1452
 - Politisches und Sicherheitspolitisches
Komitee 1451
 - Rechtsschutz 491 f.
 - Sonderbeauftragte 1453
 - Standpunkte 13, 304, 375 ff., **1443**, **1455**
 - Unterrichtung und Abstimmung 89,
1445
 - Ziele 1433 ff.
- Gemeinsame Handelspolitik 75, 173, 1375,
1464 ff.

- Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) 1437 ff.
- EU-Eingreiftruppe 1439
 - EU-Kampfgruppen 1439
 - Europäische Verteidigungsagentur 1438, 1452
 - EU-Truppenstatut 1440
 - Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) 1441
- Gemeinsamer Markt 9, 178, s. auch Binnenmarkt
- Gemeinsamer Zolltarif (GZT) 14, 672, 895, 900, 1127
- Gemeinwohlverpflichtungen 1281, 1340, 1343
- Genehmigungen 217 ff., 864 ff., 918 ff., 1028, 1063, 1071, 1080, 1085, 1106, 1113, 1115, 1186, 1245, 1252, 1263, 1304, 1309, 1314, 1322, 1347
- Genehmigungsvorbehalt 864, 886, 1245, 1263
- General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 468, 470, 1127, 1468, 1475
- Generaldirektion 295
- Generalklausel des Art. 352 AEUV 184 ff.
- Genscher-Colombo-Initiative 16
- Gericht (EuG) 306, 315 ff., 488, 495 f., 500, 501 ff., 530, s. auch EuGH
- Kammern 317
 - keine obligatorischen Generalanwälte 315
 - Verhältnis zum EuGH 315
 - Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 495 ff.
- Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften, s. Gericht (EuG)
- Gesamtничtigkeit 1328
- Gesetzesfolgenabschätzung 1167
- Gesetzgebungsakte 396
- Gewinnerzielung 637, 1046, 1293
- Absicht der 1177, 1179, 1293
- Gläubiger 1035, 1037, 1082, 1119, 1274
- öffentlicher 1274
 - privater 1274
- Gleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern 766 ff., 826, s. auch Ungleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern
- Gleichheitssatz, Art. 18 Abs. 1 AEUV 766 ff., s. auch Allgemeines Diskriminierungsverbot Art. 18 AEUV
- Google Shopping* 1235
- Gravier* 773
- Griechenland-Soforthilfe, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Gründungstheorie, s. Niederlassungsfreiheit
- Grundfreiheiten des AEU-Vertrags 766, 770, 772, 774 f., 775 f., 860 ff., 892, 911, 964, 981 ff., 1007, 1035, 1045 ff., 1074 ff., 1093, 1098 ff., zu den einzelnen Grundfreiheiten s. auch dort
- abschließende Harmonisierung 863
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 952 ff., s. auch dort
 - Bedeutung und Funktion der Grundfreiheiten 860 f.
 - Beschränkungsverbot 776, 783 ff., 815, 874 f., 881, 914, 941, 970, 974, 976, 978, 981, 997, 1029 f., 1062, 1066, 1068 ff., 1093, 1106 ff., s. auch dort
 - Bestimmungslandprinzip 872
 - Beurteilungsspielraum 882 ff.
 - Binnenmarktphilosophie 861, 1006
 - Diskriminierungsverbot 766 ff., 790, 810, 822, 859, 872, 915, 964, 1024 ff., 1049, 1062 ff., 1074, 1090 ff., 1106, 1278, 1365, 1373, s. auch Diskriminierungsverbot
 - Drittwirkung 866, 870
 - Eingriff 867 f., 910 ff., 967 ff., 1019 ff., 1061 ff., 1105 ff.
 - Ermessensspielraum 882
 - Errichtung eines Binnenmarktes 860
 - fehlende Nähebeziehung 876
 - Freiheit des Dienstleistungsverkehrs 1020 ff., s. auch Dienstleistungsfreiheit
 - Freiheit des Warenverkehrs 894 ff., s. auch Warenverkehrsfreiheit
 - Gebot der kohärenten und systematischen Zweckerreichung 886
 - grenzüberschreitender Bezug 867 f.
 - grundfreiheitsrelevantes Sekundärrecht 887
 - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 881 f., 921, 935, 939, 945, 994, 997, 1032,

- 1034, 1037 f., 1085 f., 1093, 1111, 1115, 1120, s. auch dort
- Herkunftslandprinzip 875
- Inländerdiskriminierung 862, s. auch dort
- Inländergleichbehandlungsgebot 872, s. auch dort
- intermediäre Gewalten 870
- juristische Personen als Berechtigte **1008 ff.**
- Kapitalverkehrsfreiheit 1094 ff., s. auch dort
- *Keck*-Formel 876 ff., 907, 914 f., 921, 922 ff., 928 ff., 941 f., 950, 981 ff., 997, 1030, 1041, 1074 ff., 1093, 1107, s. auch dort
- Konkordanzprüfung 887, 946, 992
- Konkretisierung des Schutzbereichs durch Verordnungen 876
- Konsequenzgebot 886
- Konvergenz der Grundfreiheiten **866 ff.**, 893, 942, 1029, 1116
- Marktzugang 922, 927
- Maßnahmen des Herkunftsstaates 871
- Maßnahmen, die den Marktaustritt im Herkunftsstaat erschweren 871
- mittelbare Diskriminierung 872
- negative Integration 862
- Niederlassungsfreiheit 998 ff., s. auch dort
- Nutzungsmodalitäten 928
- persönlicher Schutzbereich **867 f.**, 909, 963 f., 1005 ff., 1057 ff., 1104
- private Verpflichtungsadressaten 887
- Prüfungsschema 892
- „race to the bottom“-Problematik 862
- räumlicher Schutzbereich **867 f.**, 1104
- Rechtfertigung bei Eingriff **862 f.**, **872 ff.**, 915, 931 ff., 983 ff., 1031 ff., 1078 ff., 1109 ff.
- Rechtfertigungen nach der sog. *Cassis*-Formel, s. dort
- Rechtsfolgen eines Grundfreiheitsverstößes, s. dort
- rein innerstaatlicher Sachverhalt 867 f.
- sachliche Gründe als neue Rechtfertigungskategorie 887
- sachlicher Schutzbereich 774, **867 f.**, 901 ff., 953 ff., 1000 ff., 1045 ff., 1095 ff., 1103 ff.
- Schranken, Schrankenebene **879 ff.**, **893**, 942, **983 ff.**
- Schranken-Schranken 881 f., 883, 994 f., 1037 f., 1085, 1111, 1115, 1117
- Schutzbereich der Grundfreiheiten 770, **867 f.**, 892, 901 ff., 952 ff., 999 ff., 1044 ff., 1095 ff., 1103 ff.
- Schutzpflichten 869
- Sozialdumping 861
- Struktur der Grundfreiheiten **866 ff.**, **893**, 1029, 1112
- Struktur des Eingriffs 871
- Unionsgrundrechte als Schranken für die Grundfreiheiten, als Schranken-Schranken 882
- unmittelbare Drittwirkung 870
- unterschiedslos wirkende Beschränkung 872 f., 1072, 1074
- unterschiedslos wirkende Marktzugangsbehinderung 874 ff., 1074
- unterschiedslos wirkende Maßnahme 874, 915, 921, 1029
- Verhältnis von Primärrecht und Sekundärrecht 862, 887
- Verhältnis zu den Grundrechten **990 ff.**
- Verordnungen 887
- Verpflichtungsadressaten der Grundfreiheiten 869
- Verwendungsbeschränkungen 928
- Vorrang des Sekundärrechts 863
- Warenverkehrsfreiheit 894 ff., s. auch dort
- Zahlungsverkehrsfreiheit 1094 ff., s. auch dort
- zeitlicher Schutzbereich **867 f.**, 966 ff., 1104
- Zurechnung 869
- Grundrechte **39**, **695 ff.**, 990 ff., **997**, 1079, 1084 ff., **1106**
- Abwehrrechte 695
- Achtung der Privatsphäre 728
- Adressaten 695, **736 f.**
- allgemeine Handlungsfreiheit 694
- allgemeiner Gleichheitssatz 729 ff.
- als allgemeine Rechtsgrundsätze 694
- als objektive Rechtssätze 695
- Beeinträchtigung durch Private 695
- Berufsfreiheit 728

- Charta der Grundrechte der Europäischen Union 35, 37, 39, 61, 684, **689 ff.**
- Drittwirkung 723
- Eigentumsrecht 728
- Eingriff 736 ff.
- EU-Grundrechte 674, 684, **986 f.**
- Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung 728
- Meinungsäußerungsfreiheit 728
- Recht auf effektiven Rechtsschutz 734
- Recht auf fairen Prozess 734
- Recht auf rechtliches Gehör 734
- Recht auf Rechtsschutz innerhalb angemessener Frist 734
- Rechtfertigung von Eingriffen in die Grundrechte 738 ff.
- Religionsfreiheit 728
- Rolle der EMRK 39, 694, **747 ff.**
- Schranken 738
- Schutz der Ehe 728
- Schutz der Familie 728
- Schutzpflicht 695
- Träger 735
- Unverletzlichkeit der Wohnung 51
- Verbot der Doppelbestrafung 734
- Verbot der Rückwirkung von Strafgesetzen 734
- Verfahrensgrundrechte 734
- Verhältnis zu den Grundfreiheiten 688, **990 ff.**
- Vertraulichkeit des Briefverkehrs zwischen Anwalt und Mandant 734
- Wahrung als Aufgabe der Union 694
- Wesensgehalt 744
- Würde des Menschen 727
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 51, 123, 142, 187, 192 ff., **198 ff.**, 221, 403, 434, 456, 531, 635, **743**, 746, 818, 827, 881 f., 935, 945, 994, **997**, 1031, 1034, 1037 f., 1085, **1091**, 1115, 1120, 1133, 1205, 1246, 1344, 1346, 1430
- Adressaten des Grundsatzes 200
- Diplomanerkennung 1038
- Einschränkung von Grundfreiheiten, Schranken-Schranken **872 f.**, 941, 994, **997**, 1031, 1034, 1037 ff., 1085, 1093, 1111, 1115, 1120
- Einschränkung von Grundrechten 743
- Genehmigungserfordernisse 1063, 1071
- Gläubigerschutz 1035, 1037, 1082
- Kohärenzgebot 886
- Verhältnismäßigkeit von Ungleichbehandlungen 738 f.
- Willkürverbot 1111, 1117
- Wirkung des Grundsatzes 201
- Grunkin und Paul* 825
- Gruppenfreistellungsregime 1263
- Gruppenfreistellungsverordnung 1167, **1200 f.**, 1205, 1262 f., 1306, **1311 f.**
- Beihilfen 1262 f., 1306, **1311 f.**
- Kartellrecht **1200 f.**, 1205
- Grzelczyk* 775, 801
- Haftung der Union 573 ff., **628 ff.**
- Adäquanzkausalität 638
- Amtshaftungsklage 630 ff.
- Amtshandlung 631
- Amtstätigkeit, administrative 631
- Ansprüche 628
- Aufopferungsansprüche 634
- außervertragliche **630 ff.**
- Bedienstete, Haftung 632, **642 f.**
- bei Vertragsschluss 628
- Eigenschäden 642
- entgangener Gewinn 640
- Ermessensspielraum 646
- Fremdschäden 642
- für rechtmäßiges Unionshandeln 634
- für rechtsetzende Tätigkeit 631, **636**
- für rechtsprechende Tätigkeit 631
- Gestaltungsspielraum 636
- Kausalität 638
- Mitwirkung des Geschädigten, zurechenbare 640
- Naturalrestitution 640
- Nicht-/Schlechterfüllung 628
- Organe der Union 632
- Recht, auf Verträge anzuwendendes 628
- Rechtsfolge 640 ff.
- Rechtsnorm, höherrangige individualschützende 636
- Rechtswidrigkeit 633
- Schaden 637
- Schadensersatz 640
- Schiedsklausel 629

- Schutznormen, Schutznormverletzung 635
- Sonderopfer 634
- Sorgfaltspflichtverletzung 628
- unionsrechtswidrige Normativeakte 636
- vertragliche 628 f., 644
- Verletzung einer Rechtsnorm 636
- Vermögensschaden 637
- Verschuldensunabhängigkeit 639
- Zinsen 640
- Haftung der Mitgliedstaaten 645 ff., 671
 - Adäquanzkausalität 664
 - Auslegung einer Unionsrechtsnorm 661
 - Ermessensüberschreitung 658
 - für rechtsetzende Tätigkeit 652, 662
 - für rechtsprechende Tätigkeit 652
 - Haftungsanspruch, Herleitung 646 ff.
 - Haftungsinstitut, unionsrechtliches 648
 - Haftungsvoraussetzungen 649
 - Herleitung 646 ff.
 - Haftungsinstitut, unionsrechtliches 648
 - haftungsrechtliche Einheit des Mitgliedstaats 652
 - Handlungsspielraum, mitgliedstaatlicher 647
 - Kausalzusammenhang 664
 - Nichtbeachtung von unionsrechtlichen Bestimmungen 652
 - Nichtumsetzung einer Richtlinie 650, 652
 - richterliche Rechtsfortbildung 646
 - Rechtsfolge 666 ff.
 - Schadensersatzanspruch, Grundlage 648
 - Schadensersatzanspruch, Art und Umfang 656 ff.
 - Schadensersatzanspruch, Schuldner 667
 - Schadensersatzanspruch, Voraussetzungen 647, 654 f.
 - Schadensminderungspflicht 665
 - Schutzpflichtverletzung 653
 - Staatshaftungsanspruch, Haftungsanspruch 652, 656 ff.
 - subjektive Rechte, Verleihung 656
 - Verschuldensunabhängigkeit 654
 - Verstoß durch mitgliedstaatliche Gerichte 652
 - Verstoß gegen Unionsrecht 650 ff., 653, 662
 - Verstoß, hinreichende Qualifikation 657 ff.
 - Voraussetzungen 647, 649 ff.
- Handelsabkommen 470, 900, 1465 f., 1468, 1475
 - CETA 1466
- Handelsbeeinträchtigung 914 ff., 939 f., 1192 ff., 1302 f., 1346
- Handelsembargo 1479 ff.
- Handelspolitik 1464 ff., s. auch Gemeinsame Handelspolitik
- Handwerksrolle 1035
- Hartlauer* 659
- Haushaltsplan 675
 - Ausgaben, (nicht-)obligatorische 678
 - Haushaltsjahr 675
 - Haushaltsgrundsätze 675
- Haushaltsrecht der EU 672 ff.
 - Eigenmittel 672
 - Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit 1390
 - mehrjähriger Finanzrahmen 674
- Haushaltsverfahren 676 ff.
- Herkunftslandprinzip 872, 881, 918, 1040, 1087, 1088
- Hierarchisierung der Unionsrechtsordnung 99
- Hinreichende Etikettierung der Produkte s. *Cassis*
- HIT* 1063
- Höfner und Elser* 1174
- Hoheitsgewalt 84, 132, 134, 136, 138, 140, 152, 156, 159, 237, 667, 684, 686, 706, 708 f., 834, 1068, 1071, 1178
- Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik 301 ff., 1448 ff.
- Honeywell*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Hypothetischer Monopoltest* 1214
- i-21 Germany und Arcor* 484
- Identitätskontrolle des BVerfG 154, 155 ff., 161, 163, 167, 170, 1412, 1466
- Immobilienwerb 1027, 1051, 1064, 1096, 1105, 1113, 1115, 1119
 - Einseitigkeit 1096
 - Genehmigungserfordernis 1113
 - Kapitalverkehr 997, 1124
 - Raumplanung 1119

- „implied powers“-Lehre 76, 186, s. auch
Kompetenzen
- IMS Health* 1229
- Infrastruktur 926, 1049, 1228, 1231 f., 1246,
1277 f., 1294, 1297 f., 1303, 1308, 1354
- Infrastrukturförderung 1278
- Inländerdiskriminierung 207, 777, 862,
875, 949, 958, 1003, s. auch Diskriminie-
rungsverbot
- Inländergleichbehandlung 729 f., 872, 965,
970, 1062, 1065, 1068 ff., 1074, s. auch
Gleichbehandlung von EU-Ausländern
mit Inländern, s. auch Inländerdiskrimi-
nierung
- Institutioneller Rahmen der EU 71 ff., 84,
226
- Institutionen der Europäischen Union
330 ff.
- Ausschuss der Regionen 334 ff.
 - Europäische Investitionsbank 338, 1483
 - Europäische Zentralbank 321 ff., 1384,
1387
 - Europäisches System der Zentralbanken
18, 323 ff., 1387
 - Neben-, Hilfs- oder Sekundärorgane
330
 - Wirtschafts- und Sozialausschuss 331 ff.
- Intel* 1235, 1239
- Intergouvernementalität 52, 54 ff., 71
- Interkommunale Zusammenarbeit 1366,
1368
- Internationale Handelsgesellschaft* 686
- Internationales Zentrum für wissenschaft-
liche und technische Information
(IZWTI) 2
- Inspire Art* 1013, 1015
- ITC* 1048, 1054
- Janecek* 625
- Jipa* 815
- Joint dominance, s. kollektive Marktmacht
- Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
1148 ff.
- Änderungen durch den Vertrag von
Lissabon 1148
 - Annäherung der Strafvorschriften 1150
 - Einstimmigkeitsgrundsatz 1130, 1161
 - Eurojust 1154 ff.
 - Europäische Staatsanwaltschaft 219,
1148, 1157
 - Europäisches Netz für
Kriminalprävention (ENKP) 1153
 - Europol 1155, 1157, 1159
 - grenzüberschreitende
Verbrechensbekämpfung 1149
 - Ziele 1148 ff.
- Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen
1146 f.
- Kadi I* 471, 762
- Kadi II* 763
- Kabla* 1334
- Kampfpreispolitik 1242
- Kapitalverkehrsfreiheit 767, 878, 901, 1050,
1089, 1094 ff., 1113, 1116 f., 1122 f., 1124
- Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit
1102
 - Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit
1099, 1116
 - Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit
1096
 - Begriff des Kapitalverkehrs 1095 f.
 - Beschränkungsverbot, einheitliches 1106
 - Direktinvestitionen 1096
 - Eingriff 1105 ff.
 - Geldkapital 1096
 - Grundrechte als Rechtfertigung 1121
 - Immobilienerwerb 1096, 1105, 1115
 - intermediäre Gewalten 1105, 1121
 - *Keck*-Formel 1107
 - Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen
1112
 - Meldeverfahren für den Kapitalverkehr
1113
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung
1114
 - persönlicher Schutzbereich 1104
 - räumlicher Schutzbereich 1104
 - Rechtfertigungsgründe 1109 ff.
 - Rechtfertigungsgründe der
Niederlassungsfreiheit 1116
 - Sachkapital 1096 f.
 - sachlicher Schutzbereich 1095 ff.
 - Schranken-Schranken 1111, 1115, 1117,
1120
 - Schutzpflicht 1105, 1121

- Steuerhoheit der Mitgliedstaaten 1110
- Ungleichbehandlung nach Wohn- oder Kapitalanlageort 1110
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1111, 1115, 1117, 1120
- Verpflichtungsadressaten 1105
- willkürliche Diskriminierung 1111, 1115
- Zahlungsbilanz 1096
- zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1111, 1118 ff.
- Kartellbehörden 1173, 1198, 1253, 1256 f., s. auch Wettbewerbsbehörden
- Kartelle 1171
- Kartellrecht 428, 448, 475, 1171 ff., 1229, 1235, 1253, 1256 f., 1261 f., 1292
- Kartellverbot 1164, 1171 ff.
 - Anwendungsbereich 1255
 - Abgestimmte Verhaltensweisen 1164, 1171, 1187, 1260
 - Bagatellbekanntmachung 1197
 - Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen 1174, 1179, 1181, 1189
 - Beweislastverteilung 1201
 - Einzelhandelspreisbindung 1167
 - Erfasste Verhaltensweisen 1187 ff.
 - Faktische Reaktionsverbundenheit 1191
 - Faktisches Parallelverhalten 1191
 - Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV 1198 ff., 1256
 - Freistellungsentscheidung 1172, 1205, 1223
 - Geldbuße 1173
 - Gentlemen's agreements 1187
 - Gewinnerzielung, Absicht der 1177, 1179
 - Gruppenfreistellungsverordnungen 1200 f.
 - Handelsbeeinträchtigung 1192 ff.
 - Handlungsspielraum 1186
 - Hoheitsgewalt 1178
 - Kartelle 1171
 - Kartellverfahrensverordnung 1187, 1201 ff.
 - Kernbeschränkungen 1193, 1200
 - kollektive Klagemöglichkeit 1208
 - Kommissionsbefugnisse 1201 ff.
 - Koordinierung zwischen Unternehmen 1190
 - Krankenkassen, gesetzliche 1179
 - Legalausnahme 1171 ff., 1198
 - Leitlinien 1198
 - Lizenzvertrag 1200
 - Marktanalyse 1192
 - Marktbedingungen 1191, 1222 f., 1301
 - Marktübliche Reaktionen 1191
 - Marktverhalten 1191
 - Marktzugang, Behinderung 1192
 - Mitgliedstaaten als Adressaten 1185
 - Paralleleinfuhren, Verhinderung von 1192
 - Rule of reason 1167, 1193 f.
 - Schadensersatzanspruch 1206
 - „Schwarze Klauseln“ 1200
 - Sektorenuntersuchung 1204
 - Sicherungssysteme, soziale 1179 ff.
 - Spürbarkeit, „De-minimis“-Regel 1196 ff.
 - Strukturelle Abhilfemaßnahmen 1205
 - Unternehmen 1174 ff.
 - Unternehmen, Organisationsform 1177
 - Unternehmen, Rechtsträger 1180
 - Unternehmen, Anteilseigner 1180
 - Unternehmensbegriff 1174, 1179, 1181
 - Verhaltenskoordinierung 1192
 - Vereinbarungen 1182, 1187, 1190, 1193
 - Verfahrensverordnung 1198, 1201 ff.
 - Verpflichtungszusagen 1204
 - Verteidigungsrechte der Betroffenen 1203, 1205
 - Wettbewerbsbeschränkung 1133, 1147, 1150, 1152 f.
 - Wettbewerbsverfälschung 1192 ff.
 - Wettbewerbsvorschriften 1164, 1170
 - „Weiße Klauseln“ 1200
 - Wirtschaftliche Tätigkeit 1174
 - Ziele, außerökonomische 1199
 - Zwischenstaatlichkeitsklausel 1225
- Kartellverfahrensverordnung 1198, 1201 ff.
- Keck, Keck-Formel* 876 ff., 892, 907, 914 f., 922 ff., 929, 950, 981 f., 1030, 1042, 1074 ff., 1093, 1106, 1109
- bestimmte Verkaufsmodalitäten 922
- Dienstleistungsfreiheit 1074 ff.

- Einfluss der Regelung auf den Marktzugang 925
- Ladenschlusszeiten 925
- Markterschließungsfunktion der Werbung 926
- Niederlassungsfreiheit 1029 f.
- produktbezogene Regelungen 923
- Sonntagsverkaufsverbote 925
- Verkaufsmodalitäten, die den Marktzugang spezifisch behindern 926
- Zugang auf allen Marktstufen 926
- Kempter* 210, 484
- Klammerfunktion der Europäischen Union 67 ff.
- Kohärenz 67 ff., 886
 - Äußere Kohärenz 69
 - Innere Kohärenz 68
 - Kohäsion 68
 - Materielle Verbundsicherung durch das Kohärenzgebot 67 ff.
 - Spezielle Kohärenzregelungen 70
 - Unbedingte Umsetzungsverpflichtung bei GASP-Entscheidungen über ein Handelsembargo 70
- Kohll* 864, 873, 1063, 1071
- Kollektive Marktbeherrschung 1221 ff.
- Kollektive Marktmacht (auch joint dominance/collective dominance) 1221
- Komitologie 361 ff., 378
 - Beratungsverfahren 370 f.
 - Durchführungsbefugnisse 367
 - gestuftes Sekundärrechtsverhältnis 363, 395
 - Komitologie-Verordnung 364 ff.
 - Prüfverfahren 369, 372 ff.
- Kommission 36, 39, **282 ff.**
 - als „Hüterin der Verträge“ 297
 - als „Motor der Integration“ 298
 - Amtszeit der Mitglieder 284 ff., 289
 - Aufgaben der Kommission 296 ff.
 - Ausführung des Haushaltsplans 299
 - Beschlussfassung 300
 - Ernennung der Mitglieder 287 f.
 - Erstellung des Gesamtberichts über die Tätigkeiten der Europäischen Union 299
 - Generaldirektionen 295
 - gleichberechtigte Rotation 286
 - Initiativmonopol 298
 - Mitgliederzahl 284 ff.
 - Präsident 284 f.
 - Unabhängigkeit der Mitglieder 283
 - Verwaltungsunterbau 295
 - Zusammensetzung und Organisation 283 ff.
- Kommunalwahlrecht 20, 793, **831 ff.**
 - aktives Wahlrecht 20, 835 f.
 - Demokratieprinzip des Grundgesetzes 835
 - Durchführungsbestimmungen **832 f.**, 836
 - passives Wahlrecht 20, 835 f.
 - Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz 835
 - wahlrechtliche Gleichbehandlung 831
 - Wahlrechtssystem 833
- Kompensation 1267, 1270, 1348, 1372
- Kompetenzen der Union 39, **171 ff.**, 1465
 - ausschließliche Zuständigkeiten **172 f.**, 1465
 - begrenzte Verbandskompetenz 179
 - Gesetzgebungsnotstand 172
 - geteilte Zuständigkeiten 174 f.
 - in den Politikbereichen, s. Politiken der Union
 - Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten 171 ff.
 - Kompetenz-Kompetenz 178, 185
 - konkurrierende Zuständigkeiten 171
 - Konzept der ausschließlichen und konkurrierenden Kompetenzen 171
 - Mitgliedstaaten als Sachwalter des gemeinsamen Interesses 172
 - parallele Kompetenz 174
 - Parallelität von Innen- und Außenkompetenz 75, 186
 - Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 178 ff.
 - Rahmen- und Beitragskompetenzen 177
 - Verbandskompetenz 179
 - zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge **75 ff.**, 1465
 - zur Rechtsangleichung 1375 ff.
- Konkurrentenklage, s. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage
- Kontrolle durch die Kommission 1258, 1317 ff., 1357 ff.
- Konzessionsrichtlinie 1360

- Kostensenkungswirkung 1269
Köbler 663
Kranemann 978
 Krankenkassen, gesetzliche 824, 1179, 1362
 Krise, s. Staatsschuldenkrise
 Kulturförderung 1309
Kühne & Heitz 209 f., 484
- Landwirtschaftspolitik 1125 ff.
 – Abschöpfungen 1126 f.
 – Agrarzölle 1126
 – Ausfuhrabschöpfung 1127
 – Einfuhrabschöpfung 1126
 – Europäische Marktordnung 1126
 – Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) 1129
 – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 1129
 – Gemeinschaftspräferenz 1126
 – Übereinkommen über die Landwirtschaft 1126
 – Ziele 1125
Las 964, 990
 Legalausnahme 1171 ff., 1198 ff., 1263, 1308 ff., s. auch Beihilfen
 Leistung 643, 774 f., 825, 881, 953, 957, 996, 1001, 1046 ff., 1051 ff., 1065, 1071, 1093 f., 1103 f., 1179, 1226 f., 1267, 1363 ff.
 Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis 1277, 1280 f., s. auch Beihilfen
 Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 945
 Leitlinien 15, 112, 293 f., 392, 424, 435, 1133, 1193, 1198, 1200, 1306, 1311, 1436, 1442
 – des Europäischen Rates 1436, 1442
 – der Kommission 1193, 1198, 1200, 1306, 1311 f.
 Lieferungen 1103, 1360
 Lieferverweigerung 1238
 Lissabonner Vertrag, s. Vertrag von Lissabon
 Lizenzvertrag 1200
 „long-term investor“ 1273
Lucchini 211, 624
- Luxemburger Kompromiss 12, 279, 345, 376, s. auch „Politik des leeren Stuhls“
 Luxemburger Vereinbarung, s. Luxemburger Kompromiss
- Maastrichter Vertrag, s. Vertrag von Maastricht
Maastricht-Urteil, s. Rechtsprechung des BVerfG
Magill 1229
 „market economy investor“ 1272, s. auch Beihilfen
 Markt, gemeinsamer, s. Binnenmarkt
 Marktabgrenzung 1212 ff.
 Marktanalyse 1192, 1300, 1348, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
 Marktbedingungen 1191, 1267, 1301, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
 Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens 296, 928, 1104, 1184, 1209, 1211 ff.
 – Angebotssubstituierbarkeit 1217 f.
 – Bedarfsmarktkonzept 1213
 – Effizienz 1220
 – Innenwettbewerb 1220
 – Kollektive Marktbeherrschung 1221 ff.
 – Kollektive Marktmacht (joint dominance/collective dominance) 1221
 – Marktanteil 1212
 – Marktbeherrschende(s) Unternehmen 1219, 1221
 – Markteintrittsschranken 1220
 – Nachfragesubstituierbarkeit 1213
 – Oligopol 1221 ff.
 – Parallelverhalten 1191, 1222 f.
 – Räumlich relevanter Markt 1212
 – Sachlich relevanter Markt 1212
 – Wesentlicher Teil des Binnenmarktes 1224
 – Wettbewerbsbedingungen 1218
 Marktdefinition 1212 ff.
 Markterschließungsfunktion der Werbung 926
 Marktfreiheiten 1338, 1360
 Marktmacht 1209, 1220 f., 1231, 1236, 1261, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, s. auch Missbrauchsaufsicht

- Marktübliche Reaktionen 1191, s. auch Kartellverbot
- Marktverhalten 1191, s. auch Kartellverbot
- Marktversagen 1305 ff., s. auch Beihilfen
- Marktwert 1279 f.
- Marktwirtschaft 103, 860, 1094, 1163, 1267 f., 1271 f., 1275
- Marktzugang, Marktzugangsbehinderung 874 ff., 892, 907, 914, 922 ff., 966, 981, 997, 1030, 1040, 1074, 1078, 1107 f., 1192
- Maßnahmen gleicher Wirkung 917 ff., s. auch Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- *Dassonville*-Formel 921
 - *Groenveld*-Formel 921
 - spezifische gegen die Ausfuhr gerichtete diskriminierende Maßnahmen 921
- Maßnahmenpaket der Kommission 1262, 1342, 1347 f., 1350 ff., s. auch Beihilfen
- Métropole Télévision* 1340
- Microsoft* 1229 f.
- Ministerrat, s. Rat der Europäischen Union
- Missbrauchsaufsicht 1209 ff., 1262
- Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung 1164, 1226 ff.
- Anwendungsbereich 1255
 - Ausbeutungsmissbrauch 1227
 - Behinderungsmissbrauch 1227
 - Beweislastverteilung 1201
 - Bündelung 1226, 1236 ff.
 - „essential facility“ 1228
 - Exklusivvereinbarung 1233, 1239
 - Freistellung 1226
 - *Google* 1235 f., 1237
 - Handlungsspielraum 1186
 - Kampfpreispolitik 1242
 - kollektive Klagemöglichkeit 1208
 - Kommissionsbefugnisse 1201 ff.
 - Kopplung 1236 ff.
 - Lieferverweigerung 1238
 - Marktbeherrschende Stellung 1211 ff.
 - Marktdefinition 1212 ff.
 - Marktmacht 1220
 - Missbrauchstatbestand 1220
 - Mitgliedstaaten als Adressaten 1185
 - „more economic approach“ 1204
 - Oligopol 1226
 - Parallelverhalten 1222 f.
 - Patente 1192, 1238, 1231
 - *Post Danmark II* 1240
 - Preishöhenmissbrauch 1242
 - Preis-Kosten-Schere 1242
 - Rabattgewährung 1238 ff.
 - Rechtfertigung 1243
 - Schadensersatzanspruch 1206
 - Sektorenuntersuchung 1233
 - Selbstständigkeitspostulat 1165, 1187 ff.
 - SSNIP-Test 1214 f.
 - Strukturelle Abhilfemaßnahmen 1205
 - Verpflichtungszusagen 1205
 - Verteidigungsrechte der Betroffenen 1203, 1205
 - *Windows Media Player* 1236
 - Zugangsverweigerung 1228, 1231 f.
- Mitentscheidungsverfahren 25 f., 248, 342 ff., 396, 816
- Mittelmeer-Union 1460 f.
- Montanunion, s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
- Morgan* 825
- „more economic approach“ 1167, 1169, 1226, 1262, 1300, 1305, 1307, 1379
- Aktionsplan „Staatliche Beihilfen“ 1305
 - Netzwerk der Kommission mit nationalen Wettbewerbsbehörden 1258
- National Grid Indus* 1012, 1015
- Netzwerk der Kommission mit nationalen Wettbewerbsbehörden 1258
- Nichtigkeit 202, 358, 495 ff., 1173, 1195, 1273, 1328 ff., 1373
- Nichtigkeitsklage 142, 196, 427, 439, 492, 495 ff., 527 ff., 557 ff., 573, 579, 596, 620, 889, 1478
- Begründetheit 555 ff.
 - Funktion 527 ff.
 - Gegenstand der Klage 535 f., 543
 - Individualnichtigkeitsklage 527 ff., 534 ff.
 - Individualnichtigkeitsklage von Gebietskörperschaften 547
 - individuelle Betroffenheit 541
 - Klageberechtigung 512 ff., 539
 - Klagfrist 552 f.
 - Konkurrentenklage 545 f.

- Parteifähigkeit 531
- *Plaumann*-Formel 543
- Prüfungsschema 558
- Rechtsschutzbedürfnis, spezifisches 554
- Subsidiaritätsklage 531
- unmittelbare Betroffenheit 542
- Urteilswirkungen 557
- Zulässigkeit 530 ff.
- Niederlassungsfreiheit **998 ff.**, 1043 f., 1049, 1078, 1084, 1087, 1088 f., 1093, 1116 f., 1121 f.
- Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten 1001, 1099
- Anerkennungs- und Koordinierungsrichtlinien 1039 ff.
- Ausweisung 1033
- Begriff 1000
- Bereichsausnahme für die Ausübung öffentlicher Gewalt 1004
- Beschränkung durch unterschiedslose Maßnahmen 1029 ff., 1034
- Diplomanerkennung 1038 ff.
- Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 1029
- Diskriminierung nach der Staatsangehörigkeit 1024
- Eingriff 1023 ff.
- Eingriff des Herkunftsstaates 1029, 1037
- Eintragung in die Handwerksrolle 1035
- Familienangehörige 1007
- Gläubigerschutz 1037
- grenzüberschreitender Bezug 1010
- Grundrechte 1036 f.
- Gründungstheorie 1010 f.
- Inländerdiskriminierung 1003
- intermediäre Gewalten 1023, 1036
- juristische Personen als Berechtigte 1008 ff.
- *Keck*-Formel 1030 f., s. auch dort
- Marktzugangsbehinderungen 1030
- natürliche Personen als Berechtigte 1006 ff.
- offene Diskriminierung 1025 f., 1031
- öffentliche Gesundheit 1032
- öffentliche Ordnung 1031
- öffentliche Sicherheit 1032
- persönlicher Schutzbereich 1005 ff.
- primäre 1002
- Rechtfertigungsgründe 1031 ff.
- sachlicher Schutzbereich 1002 ff.
- Schranken-Schranken 1037 f.
- Schutzpflicht 1023, 1036
- sekundäre 1002
- Sitztheorie 1011
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 1034 f.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1037 f.
- Verpflichtungsadressaten 1023
- versteckte Diskriminierung 1028
- Wegzugsfreiheit 1003 ff., 1006
- Zuzugsfreiheit 1003, 1006
- zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1035
- Nordatlantikpakt (NATO) 6
- Notbremsemechanismus 130, **219 f.**
- Notifizierungspflicht 1313 f., 1323 f., 1353, 1355, s. auch Beihilfen
- Notifizierungsverfahren 486, 1313, 1316, **1317 ff.**, s. auch Beihilfen
- öffentliche Infrastrukturen 1297
- öffentliche Unternehmen, s. Unternehmen, öffentliche
- öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit 1366
- Oligopol 1221 ff., 1251, s. auch Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, s. auch Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten
- Omega* 1079
- OMT*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- „one-stop-shop“ 1253
- Ordentliches Gesetzgebungsverfahren 396
- Organe der Union 12, **222 ff.**
- Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften 222
- Fusion 12
- Fusionsabkommen 224
- Fusionsvertrag 224
- Gerichtshof, s. dort
- Gewaltenteilung 227, 346
- Institutionelles Gleichgewicht 227 ff.

- Institutionen der Europäischen Union, s. dort
- Kommission, s. dort
- Kompetenzverschiebungen 229
- Organleihe 71 ff.
- Parlament, s. dort
- Rat der Europäischen Union, s. dort
- Rechnungshof, s. dort
- Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) 6
- Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 6
- Osterweiterung der EU 19, 30 ff., s. auch Beitritt
 - Beitrittspartnerschaften 31 f., 1458
 - Europa-Abkommen 19
- Outright Monetary Transaction (OMT) 167, 1409 ff.
- Pan-Europa 5
- Paralleleinführen, Verhinderung von 1192, s. auch Kartellverbot
- Parallelimport 903
- Parallelverhalten 1191, 1222 f.
- „Pareto-Effizienz“ 1166, 1305
- Parlament 230 ff.
 - 3%-Sperrklausel im Europawahlgesetz 243
 - 5%-Sperrklausel im Europawahlgesetz 241 ff.
 - Aufgaben 246 ff.
 - Beschlussfassung 254 f.
 - Bürgerbeauftragter des Europäischen Parlaments 253, 849 ff.
 - Europawahlgesetz 240 ff.
 - Fraktionen im Parlament 244
 - Geltung des jeweiligen Wahlrechts der Mitgliedstaaten 239
 - gleicher Erfolgswert 235
 - gleicher Zählwert 235
 - Grundsatz der Gleichheit der Wahl 238 ff.
 - kein Initiativrecht 246
 - Misstrauensvotum gegen die Kommission 252, 254
 - als „Mitgesetzgeber“ 250
 - Mitentscheidungsverfahren, s. dort
 - nichtständige Untersuchungsausschüsse 252
 - obligatorische Anhörung 246
 - Petitionsrecht eines jeden Unionsbürgers 20, 253, 793, **846 ff.**
 - Sitz 245
 - Sitzkontingente 240
 - ständige Ausschüsse 244
 - Verhältniswahlsystem 235
 - Zusammensetzung und Organisation 231 ff.
 - Patente 938, 1192, 1229, 1231 f., 1381
 - Europäisches Einheitspatent 1381
 - Pearle* 1286
 - Personalrecht der EU 682 f.
 - Beamte 682
 - Statut der Beamten 682
 - Protokoll, Vorrechte und Befreiungen 682
 - Verwaltung 682
 - Petersberger Aufgaben 1438 f., 1451
 - Pflicht zur Unionstreue 63, **215 ff.**, **221**, 431, 520, 869, 911
 - Plaumann*-Formel, s. Nichtigkeitsklage „Politik des leeren Stuhls“ 12, s. auch Luxemburger Kompromiss
 - Politiken der Union 1125 ff.
 - Agrarpolitik 1125 ff.
 - Entwicklungszusammenarbeit 1483
 - Fischereipolitik 1125, **1128 f.**
 - Forschung und technologische Entwicklung 17
 - Handelspolitik 173, **1464 ff.**
 - Landwirtschaftspolitik 1125 ff.
 - Rechtsangleichung 1375 ff.
 - Sozialpolitik 17, **1424 ff.**
 - Währungspolitik 1383 ff., s. auch Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)
 - Wirtschaftspolitik 17, **1382**
 - Politische Union 11, 19
 - Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) 38, 54, 56 f., 128, 584, 771, 776, 779 f., 1148 f., 1435
 - Polizeiliche Zusammenarbeit 1158 ff.
 - Handlungsfelder 1160 f.
 - Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 2 AEUV 1160

- Maßnahmen nach Art. 87 Abs. 3 AEUV 1161
- Rahmenbeschluss 776, 779
- sonstige Beschlüsse des Rates 1160 f.
- völkerrechtliche Übereinkommen nach Art. 37 EUV 1162
- Ziele 1056 ff.
- Zuständigkeit in Europol-Angelegenheiten 1159
- Post Danmark II* 1240
- Praktische Konkordanz 742, 778
- Preishöhenmissbrauch 1242
- Preis-Kosten-Schere 1242
- PreussenElektra* 1245 ff.
- Primäres Unionsrecht 60, 383 ff., 467, 516, 521, 525, 651
- Pringle* 1407
- Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung (compétences d'attribution) 57, 75, 130, 158, **178 ff.**, 184 f., **225**, 229, 246, 319, 341, 395, 433, 438, 451, **481 f.**, 747, 756, 846, 1168, 1327, 1411
- allgemeine Rechtsgrundsätze 455
- begrenzte Organkompetenz 179
- begrenzte Verbandskompetenz 179
- Doppelabstützung 181 f.
- Wohnheitsrecht 266
- „implied powers“-Regel 76, 184
- institutionelles Gleichgewicht 183
- Kompetenzergänzungsbestimmung (Art. 352 AEUV) 130, **184 ff.**, 195, 339
- Mehrfachabstützung 181 f.
- Rechtsetzungsverfahren 341 ff.
- richterliche Rechtsfortbildung 489
- Vertragsschlusskompetenz 75 ff., 1466
- „Private creditor“-Test 1274
- „Private purchaser“-Test 1272
- „Private vendor“-Test 1272
- Produktionszweige 1265, 1267, **1292 ff.**
- Protokolle 48 ff., 60, 107, 141, 384, 473, 748, 750
- über die Anwendung bestimmter Aspekte des Art. 26 AEUV auf das Vereinigte Königreich und Irland 1142
- Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit 142, 194, 200
- über die Außenbeziehungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich des Überschreitens der Außengrenzen 1136
- über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union 26
- über die Position Dänemarks 1142
- über die Position des Vereinigten Königreichs und Irland 1142
- von Nizza über die Erweiterung der Europäischen Union 286
- Zusatzprotokolle 51, 249, 470, 748
- Prozessuale Aspekte der Kontrolle durch das BVerfG am Maßstab des Art. 23 GG 152 ff., 169 f.
- Prüfungsgegenstände der Kontrolle durch das BVerfG 152 ff.
- Verantwortung des BVerfG für den Grundrechtsschutz in Deutschland 153
- Prüfungsschema für die Grundfreiheiten 892
- Prüfungsschema zum einstweiligen Rechtsschutz 617
- Prüfungsschema zum Vorabentscheidungsverfahren 617
- Prüfungsschema zur Amtshaftungsklage 586
- Prüfungsschema zur Nichtigkeitsklage 558
- Prüfungsschema zur Untätigkeitsklage 572
- Prüfungsschemata zu den Vertragsverletzungsverfahren 525 f.
- Public Private Partnerships 1278
- Querschnittsklausel 1424, 1483
- Entwicklungszusammenarbeit 1483
- Gleichstellung von Männern und Frauen 1424
- Rabattgewährung 1238 ff.
- Rat, s. Rat der Europäischen Union
- Rat der Europäischen Gemeinschaften, s. Rat der Europäischen Union
- Rat der Europäischen Union 39, **84**, **265 ff.**, 855, 1456
- Abgrenzung zu den im „Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten“ 265
- Abgrenzung zum Europäischen Rat 246, 265

- Aufgaben des Rats 272 f.
- Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) 270
- Beschlussfassung 274 ff.
- COREPER 270
- Fachministerräte 267
- Generalsekretariat 270
- Hauptrechtsetzungsorgan 272
- Luxemburger Vereinbarung 12, 279
- Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ 267
- Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ 267
- Ratsformationen 267
- Reihenfolge des Vorsitzes 269
- Sitz 268
- Staatssekretäre im Rat 266
- Vertreter auf Ministerebene 266
- Zusammensetzung und Organisation 266 ff.
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts 1143 ff.
- Reaktionsverbundenheit 1191, 1222 f.
- Rechnungshof 222, 224, 328 f., 527 f., 531, 539 f., 561
- Recht auf Vergessen I*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Recht auf Vergessen II*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Rechtfertigung eines Eingriffs in eine Grundfreiheit 879 ff.
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit 983 ff.
 - Dienstleistungsfreiheit 1078 ff.
 - Kapitalverkehrsfreiheit 1109 ff.
 - Niederlassungsfreiheit 1031 ff.
 - Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV, s. dort
 - Warenverkehrsfreiheit 931 ff.
 - Zahlungsverkehrsfreiheit 1109 ff.
- Rechtfertigung von staatlichen Ausgleichsleistungen nach Art. 106 Abs. 2 AEUV 1336 ff., s. auch Daseinsvorsorge
 - Betrauung 1342 ff.
 - Verhinderungserfordernis 1345 f.
 - Verhältnismäßigkeit 1344, 1346
 - Nettomehrkosten 1346, 1348, 1356
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV 931 ff.
 - abschließend und nicht ergänzungsfähig 932
 - Bestand und Ausübung des Rechts 938
 - enge Auslegung 932
 - Erschöpfungsgrundsatz 938
 - keine willkürliche Diskriminierung 940
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 933
 - öffentliche Sittlichkeit 934
 - Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums 938
 - Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen 935
 - Schutz des Lebens von Tieren oder Pflanzen 936
 - Tatbestände nichtwirtschaftlicher Art 939
 - Verhältnismäßigkeit 940
- Rechtsakte nach dem AEU-Vertrag 392 ff., 450
 - Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, s. dort
 - Amtsblatt der Europäischen Union 440 ff.
 - Austauschbarkeit der Rechtsakte 433 f.
 - Begründungspflicht 437
 - Beschlüsse, s. dort
 - Durchsetzung 447 ff.
 - Empfehlungen und Stellungnahmen, s. dort
 - Entscheidungen, s. Beschlüsse
 - Formerfordernisse von Sekundärrecht 435 ff.
 - Inkrafttreten von Sekundärrecht 435 ff.
 - Rechtsbehelfsbelehrung 432
 - Rechtshandlungen eigener Art, s. dort
 - Richtlinien, s. dort
 - Verordnungen, s. dort
 - Völkerrechtliche Verträge, s. dort
 - Widerruf und Rücknahme 444 ff.
 - Zwangsmaßnahmen gegenüber Individuen 448
- Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter 395 f.
- Rechtsangleichung 1375 ff.
- Rechtsetzungsverfahren 341 ff., 380
 - delegierte Rechtsakte 362 f.
 - Durchführungrechtsakte 363 ff.
 - gemeinsamer Entwurf 365
 - Grundregel 345

- Grundsatz der Gewaltenteilung 227, 346
- Hauptrechtsetzungsverfahren 248
- informeller Trilog 343
- Initiativfunktion der Kommission 345
- Komitologie 364 ff., **378**, s. auch dort
- Kommissionsvorschlag 345
- Konzertierungsverfahren 359
- Luxemburger Vereinbarung 12, 279, 345, 376, s. auch Luxemburger Kompromiss
- Notbremsemechanismus 130, **219 f.**
- ordentliches Gesetzgebungsverfahren 347 ff.
- Verfahren der Anhörung 358 ff.
- Verfahren der Mitentscheidung, s. ordentliches Gesetzgebungsverfahren
- Verfahren der Zustimmung 360 ff.
- Vermittlungsausschuss 345
- Vetorecht des Parlaments 347
- Zweikammersystem 346
- Rechtsfolgen eines Grundfreiheitsverstoßes 888 ff.
- grundfreiheitskonforme Auslegung 889 f.
- Anwendungsvorrang 890
- Anspruch auf „Anpassung nach oben“ 890
- Rechtsfortbildung
- richterliche 489
- unionsrechtskonforme nationalen Rechts 212 ff.
- Rechtshandlungen eigener Art 423 ff.
- Akte im Rahmen der Organisationsgewalt 426
- autonome Vertragsänderungen 425
- Interorgan- oder interinstitutionelle Vereinbarungen 426
- Rechtsmittelrichtlinie 1372, s. auch Vergaberecht
- Rechtsmittelverfahren 600 ff.
- Befugnis zur Einlegung eines Rechtsmittels 601
- Einheit, Kohärenz des Unionsrechts 606
- Devolutiveffekt 600
- „Rechtsfragen“, rechtsmittelfähige Fragen 603
- Rechtsmittelfrist 603
- Suspensiveffekt, fehlender 600
- Rechtsprechung des BVerfG 21, 36, 46, 59, 97 f., 130, 133 f., 136 f., 141, 143 ff., 151, **152 ff.**, 169 f., 185, 204, 220, 236 f., 241 ff., 356, 381 f., 591, 593, 686, 707 f., 785, 807, 835, 1163, 1334, 1398, 1400, 1403 ff., 1410 ff., 1466
- 3%-Sperrklausel im Europawahlrecht 243
- 5%-Sperrklausel im Europawahlrecht 241 ff.
- *Bananenmarktordnung*-Beschluss 133, 163
- *CETA* 1466
- *ESM/Fiskalpakt I* 1398, 1405 f.
- *ESM/Fiskalpakt II* 1408
- *Europäische Bankenunion* 1417 ff.
- *Europäischer Haftbefehl* 144
- *Euro-Rettungsschirm*-Urteil 1400, 1403, 1406, 1413
- *Honeywell*-Urteil 160
- Identitätskontrolle 154, **155 ff.**, 161, 163, 167, 170
- *Lissabon*-Urteil 36, 59, 97 f., 130, 137, 137, 146 f., 151, **155 ff.**, 158, 161, 165, 169, 185, 236, 356, 807
- *Maastricht*-Urteil 21, 59, 133, 136, 146, 151, **158 f.**, 165, 169
- *OMT*-Beschluss 167, 1411
- *OMT*-Urteil 161, 1411
- *PSPP*-Beschluss 167, 1412
- *Recht auf Vergessen I* 711 ff., 717 ff.
- *Recht auf Vergessen II* 701 f., 717 ff.
- *Solange*-Rechtsprechung 133, 154, **162 ff.**, 167, 686
- *Sondergremium* 1404
- Ultra-vires-Kontrolle 154, 156, **158 ff.**, 167, 170, 708, 1410 ff., 1466
- Rechtsquellen der Europäischen Union **379 ff.**, **450**, **473**, 479, 490
- autonome Rechtsordnung 380
- Drittwirkung des Primärrechts 391
- eingeschränkt unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts 391 ff.
- Empfehlungen und Stellungnahmen, s. dort
- Entscheidung, s. Beschluss
- gewohnheitsrechtliche Rechtssätze **380**, 393, **450 ff.**

- Horizontalwirkung des Primärrechts 391
- „lex posterior derogat legi priori“ 387
- „lex specialis derogat legi generali“ 387
- objektive Wirkung des Primärrechts 390
- primäres Unionsrecht 368 ff., s. auch dort
- Rechtsakte eigener Art, s. dort
- Rechtsnatur des Unionsrechts 379 ff.
- Richtlinie, s. dort
- sekundäres Unionsrecht 392 ff., s. auch dort
- Supranationalität 379
- ungeschriebene allgemeine Rechtsgrundsätze 386, 394, 454 ff.
- unmittelbare Geltung des Primärrechts 391
- „Verfassungscharakter“ 380
- Verordnung, s. dort
- Vertikalwirkung des Primärrechts 390
- Völkerrecht, allgemeines, s. dort
- Rechtsschutz vor dem EuGH und dem EuG 488 ff.
- Aussetzung des Verfahrens 499 f.
- Stellung und Aufgaben des Gerichtshofs 488 ff.
- Verfahrensablauf vor dem EuGH und EuG 501 ff.
- Verfahrensarten, s. dort
- Verfahrenssprache 503
- Verweisung bei Unzuständigkeit 499 f.
- Zuständigkeitsverteilung zwischen EuGH und EuG 495 ff.
- Rechtsstaatsprinzip 119, 159, 183, 386, 436
- EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips 119
- Rechtsstaatsverfahren 119
- Rechtssubjektivität 65, 74
- Reimport, s. Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung
- Rettungsschirm, s. Euro-Rettungsschirm
- Rettungsmaßnahmen, s. Euro-Rettungsschirm
- Richtlinie 56, 80, 133, 180, 182, 182, 400 ff., 450, 469, 473, 474, 520, 533, 537, 542, 544, 624, 650 ff., 1246, 1285, 1356 ff., 1360 ff., 1364 ff., 1373 f., 1377, 1380, 1414, 1425, 1427 ff.
- Anerkennungs- und Koordinierungs- 998, 1039, 1040 ff.
- Dienstleistungsrichtlinie, s. dort
- drittbelastende unmittelbare Wirkung 415
- Frustrationsverbot 404
- Gleichbehandlungsrichtlinie 972 f.
- horizontale unmittelbare Wirkung 411
- keine rückwirkende Umsetzung 402
- Umsetzungsformen und -mittel 403
- negative Horizontalwirkung 413
- Nichtumsetzung einer Richtlinie 402 f., 409, 411, 473, 624, 653, 662, 725, 740, 985
- objektive unmittelbare Wirkung 416
- richtlinienkonforme Auslegung 416, 417 ff.
- Transparenzrichtlinie, s. dort
- umgekehrt vertikale unmittelbare Wirkung 410
- Umsetzungsfrist 401 f.
- unmittelbare Anwendbarkeit 388, 405
- unmittelbare Wirkung 390, 405 ff.
- Verbindlichkeit für die Mitgliedstaaten 401 ff.
- Vergaberichtlinien 1360 ff., 1373
- vertikale unmittelbare Wirkung 409
- Vorwirkung 404
- Römische Verträge 10
- Rottmann* 802, 804 ff.
- Rückforderung 486, 542, 547, 1326, 1329 ff.
- Rücknahmeverpflichtung für bestandskräftige, unionsrechtswidrige Verwaltungsakte 192
- Rule of Reason 1167, 1193 f., s. auch Kartellverbot
- Schadensersatzanspruch
 - gegen die Union, s. Haftung der Union
 - gegen einen Mitgliedstaat, s. Haftung der Mitgliedstaaten
- Schengen-Besitzstand 1142 ff., 1161
 - Dänemark 1142
 - Einbeziehung in den Rahmen der Europäischen Union 1144

- Estland 1143
- Finnland 1142
- Großbritannien 1142
- Irland 1142
- Island 1142
- Lettland 1143
- Liechtenstein 1143
- Litauen 1143
- Malta 1143
- Norwegen 1142
- Polen 1143
- Schweden 1142
- Schweiz 1143
- Slowakei 1143
- Slowenien 1143
- Tschechische Republik 1143
- Ungarn 1143
- Schengener Abkommen 1142 ff.
- Schmidberger* 699 f., 946, 1079
- Schuldenkrise, s. Staatsschuldenkrise
- Schuman-Monnet-Plan 8
- Schutz geistigen Eigentums 728, 1082, 1229, 1233, 1375, 1381, 1467 ff.
- Schutz- und Notstandsklauseln 217 ff.
 - Störung der öffentlichen Ordnung 218
 - Kriegs- oder Spannungsfall 218
- Schwellenwerte 1220, 1246, 1249, 1314, 1364 f., 1372 f.
- Sechserpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Sektorenauftragsvergaben 1360
- Sektorenrichtlinie 1016 f., 1360
- Sektorenuntersuchung 1204, 1233
- Sekundäres EU-Sonderrecht 88
- Sekundäres Unionsrecht 58, 84, 394, 396, 467, 469, 473, 651, 656, 740, 749, 809, 975
 - allgemeine Rechtsgrundsätze 394
 - Beschlüsse, s. dort
 - gestuftes Sekundärrechtsverhältnis 363, 395
 - Wohnheitsrecht 393
 - Kollisionen 395
 - Richtlinien, s. dort
 - unmittelbare Anwendbarkeit 397
 - Verordnungen, s. dort
- Sevic Systems* 1017
- Sicherungssysteme, soziale 996, 1046, 1179
- SIEC-Test 1251
- Siegelbruchverfahren* 1202
- Single Resolution Mechanism (SRM), s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Single Supervisory Mechanism (SSM), s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Sitztheorie 992 ff., s. auch Niederlassungsfreiheit
- Skanska Industrial Solutions u. a.* 1207
- SMI* 1281
- Societas Europaea (SE) 1000 f.
- Societas Privata Europaea (SPE) 1000 f.
- Societas Unius Personae (SUP) 1022
- Solange I*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Solange II*, s. Rechtsprechung des BVerfG
- Solange-Vorbehalt 167, 749, 763
- Sonstige Stellen der EU 324, 339, 443, 531 f., 550, 558 f., 561, 586, 599, 619, 680 f., 725, 736
- Sozialpolitik 17, 175 f., 267, 1424 ff.
 - Europäischer Sozialfonds (ESF) 1432
 - Gleichbehandlung von Männern und Frauen 1425 ff.
 - Frauenquote 1428
- Spaak-Bericht 9
- Spürbarkeit 545, 1196 f., 1301, 1379, s. auch Beihilfen, Kartellverbot
- SRM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- SSM, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Staatenverbund 58 f., 137, 237
- Staatlich 59, 775, 903, 1269, 1282 ff.
 - aus staatlichen Mitteln 1282 ff., s. auch Beihilfen
- Stabilitäts- und Wachstumspakt 1392 ff.
 - Europäisches Semester 1396
 - Konvergenzprogramme 1395
 - Sechserpaket 1391, 1393, 1397
 - six pack 1391
 - Stabilitätsprogramme 1395
 - two pack 1391
 - Zweierpaket 1391, 1393 f., 1397
- Stadt Halle* 1367
- Stadtreinigung Hamburg* 1368
- Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) 1441
- Stand-Still-Gebot 1252, 1317
- Stardust Marine* 1283 f.
- Stauder* 686

- Stoffgleichheit 1291
- Subsidiaritätsprinzip 187 ff.
- ausschließliche Zuständigkeit der EU 189
 - „*effet utile*“ als Auslegungsmethode 195
 - keine Kompetenzverteilungsmaxime 189
 - Kompetenzausübungsmaxime 189
 - geteilte Zuständigkeit der EU 189, 191
 - Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit 194
 - SLIM-Programm der Kommission 193
 - Subsidiaritätsrüge 193, **196 f.**
 - Subsidiaritätsklage 150, **196 f.**, 531
- sunk costs, s. versunkene Kosten
- Supranationalität 54, 62
- Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten 116, **120 ff.**, **126**
- Aussetzung von Rechten eines Mitgliedstaates 120
 - Auswirkungen auf Rechte und Pflichten natürlicher und juristischer Personen 1123
 - der Stimmrechte im Rat 120
 - „Fall Österreich“ 117, 119
 - „Fall Polen“ 114, 117, 119 f.
 - mitgliedstaatliches Klagerecht nach Art. 269 AEUV 124
 - Rechtmäßigkeit der Suspendierung 124
 - Rechtsstaatsverfahren 117, 119
 - schwerwiegende und anhaltende Verletzung von in Art. 2 EUV genannten Grundsätzen 120, 122
 - Vorfeldmaßnahmen 117, 119
- Suspendierungsverfahren 120 ff., 126
- Symbole der EU 37
- Teckal* 1367 f.
- Teilnichtigkeit 538, 1328
- Tempelkonstruktion 38, 54
- T-Mobile Netherlands* 1170, 1195
- TNT Post UK* 1344
- Transeuropäische Netze 175, 334
- Transformationslehre, s. Anwendungsvorrang
- Transformationsunbedürftigkeit des Unionsrechts, s. Anwendungsvorrang
- Transparenz 33, 139, 285, 691, 796, 1122, 1196, 1271, 1311, 1318, 1356
- Transparenzgebot 1085, 1278, 1365, 1373
- Transparenzrichtlinie 1285, 1356, 1358
- Transparenzverordnung 1321
- Trilog, informeller 343
- Überseering* 1014 f.
- Ultra-vires-Akt 156, **158 ff.**, 708, 1410 ff., 1466
- Ultra-vires-Kontrolle des BVerfG 154, **158 ff.**, 167
- Umformung der staatlichen Handelsmonopole 992 ff.
- Umweltpolitik 75
- Ungleichbehandlung von EU-Ausländern mit Inländern 766 ff., 775, 777, 785 ff., 822, 872, 875 f., 881, 971, 1024, 1028, 1064, s. auch Diskriminierungsverbot
- Unilever Italia* 414
- Unionsbürgerliche Freizügigkeit 772, **775 f.**, **809 ff.**, s. auch Bewegungs- und Aufenthaltsrecht, s. auch Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger
- Unionsbürgerliches Diskriminierungsverbot 786, 810, **825 ff.**
- Unionsbürgerschaft 20, **792 ff.**, **859**
- aktives Wahlrecht 831, 835 f., 837 ff.
 - allgemeines Diskriminierungsverbot 688, 730, **766 ff.**, 794, 801, 805, 810 f., s. auch dort
 - Anrufung des Bürgerbeauftragten 849 ff.
 - Art. 18 Abs. 1 AEUV 766 ff.
 - Art. 21 Abs. 1 AEUV 809 ff.
 - Art. 79 Abs. 3 GG 835
 - Aufenthaltsrichtlinien 809, 818
 - Bewegungs- und Aufenthaltsrecht 809 ff.
 - Bürgerbeauftragter 849 ff.
 - Bürgerinitiative 857
 - Bürgerpflichten 795
 - Bürgerrechte 792 ff.
 - Charta der Grundrechte der Europäischen Union 796
 - Demokratieprinzip 834
 - diplomatischer und konsularischer Schutz der Unionsbürger 841 ff.
 - Diskriminierung grenzüberschreitender Sachverhalte 824

- Drittstaatsangehöriger 813
- Durchführungsbestimmungen 832
- EU-Grundrechte 684 ff., 821
- Europawahlrecht 837 ff.
- europäische Staatsbürgerschaft 236, 798 ff.
- Evolutivklausel 797
- Familienangehöriger 813
- Freizügigkeits- und Aufenthaltsrecht der Unionsbürger 801, **809 ff.**, 951, s. auch dort
- Freizügigkeitsrichtlinie 829
- Gleichheitssatz, Art. 18 AEUV 829
- Grundfreiheiten 798 ff., 809, 815, 818, 821 f.
- Grundrechtscharta 796
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 819
- Kommunalwahlrecht 831 ff.
- nationale Bestimmungen 822 ff.
- passives Wahlrecht 240, 831, 835 f., 837 ff.
- persönlicher Schutzbereich 813
- Petitions- und Beschwerderecht 846 ff.
- Petitionen zum Europäischen Parlament 846 ff.
- Recht auf schriftliche Eingaben 856
- Rechtfertigung 816 ff.
- schriftliche Eingaben an Unionsorgane und -einrichtungen 856
- Staatsangehörigkeit 798 ff.
- Staatsbürgerschaft, europäische 798 ff.
- subsidiär 809
- unionsbürgerliche Freizügigkeit 809 ff.
- Unionsbürgerstatus 770, 801, **810**
- unmittelbare Anwendbarkeit 809
- Vorbehalt sozialer Absicherung 817, 819, 829
- Wahlrecht zum Europäischen Parlament 837 ff.
- wahlrechtliche Gleichbehandlung 833
- Wahlrechtsordnungen 836
- Wahrung berechtigter Interessen 818
- Zugangsrecht zu Dokumenten 443
- Unionsorgane, s. Organe der Union
- Unionsrecht 54 ff.
- Unionsprimärrecht 60
- Unionssekundärrecht 60
- Anwendungsvorrang 61
- Innerstaatlicher Umsetzungsakt 63
- Grundsatz der Unionstreue 63, 215 f., 221
- Gleichrangigkeit der Verträge 60
- Unionsrecht und Recht der Mitgliedstaaten **171 ff.**, 473, s. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unionsrechtliches Suspendierungsverfahren, s. Suspendierungsverfahren
- United Brands* 1216, 1219
- Unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts 63, 84, 202, 205, **388 ff.**, s. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Unmittelbare Geltung des Unionsrechts 205, **221, 388**
- Unmittelbare Drittwirkung 871, 910 f., 969, **1042, 1124**
- Unmittelbare Wirkung 213, 390, 405 f.
- Untätigkeitsklage 559 ff.
- Begründetheit 570
- Form und Frist 568
- Funktion 559
- Klageberechtigung 567
- Klagegegenstand 564
- Konkurrentenklage 566
- Parteifähigkeit 561
- Prüfungsschema 572
- Urteilstwirkung 571
- Vorverfahren 562 f.
- Zulässigkeit 560 ff.
- Unternehmen 948, 998, 1164, 1171 ff., **1174 ff.**, 1182 ff., 1211 ff., 1219 ff., 1247 ff., 1292 ff.
- Anteilseigner 1022, 1180, 1182, 1333, 1416
- Grundsatz der Solidarität 1179
- Kapitalisierungsprinzip 1179
- marktbeherrschende 245, 1164, 1183, 1209, **1211 ff.**
- öffentliche 1009, 1182 f., 1283 f., 1298, 1356, 1362, 1368
- Organisationsform 1177
- Rechtsträger 1164, 1180 ff., 1186, 1333
- Unternehmensbegriff **1174 ff.**, 1179 f., 1211, 1292 f.
- Unternehmen mit besonderen oder ausschließlichen Rechten **1182, 1343, 1356**

- Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut worden sind 1336 ff., s. auch Daseinsvorsorge
- Betrauungsakt 1342 ff.
 - Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse 1336 ff., 1347 ff.
 - Verhältnismäßigkeit 1344, 1346
 - Verhinderungserfordernis 1345 f.
- Unternehmenseinheit, Auswirkungsprinzip
- Unternehmenszusammenschlüsse (auch Zusammenschlüsse) 1171, **1247 ff.**
- Unterschiedslos wirkende Marktzugangsbehinderungen 874 ff., 1074
- Unterschiedslose Beschränkungen 815, 830, 1029, 1072, 1074
- Unterschiedslose Maßnahmen 775, 874 f., 879, 892, 915, 921, 1028 f., **1042**
- VALE* 1016 f.
- Vent de Colère* 1288
- Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung 898 ff., s. auch Warenverkehrsfreiheit
- Verbotsgesetz 891, 1328
- Verdingungsordnung 1371
- Vereinbarungen 265, 426, 490, 748, 802, 1171 ff., 1187, 1196, 1198 ff., 1239, 1248, 1256
- abgestimmte Verhaltensweisen 1164, 1171, **1187 ff.**, 1195 f., 1198, 1200, 1223, 1226, 1229, 1256
 - Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen 1189, 1256 f.
 - Exklusivvereinbarung 1233, 1239
 - Gentlemen's agreements 1187
 - horizontale 1187
 - interinstitutionelle 56, 246, 252, 299, 426, 435, 681
 - im Sinne des Art. 101 AEUV 1187 ff., 1195 f., 1198, 1257
 - Interorgan-, interinstitutionelle 56, 246, 252, 299, 426, 435, 681
 - Kartellverbot 1164, 1171 ff.
 - mit Drittstaaten 844 f.
- mitgliedstaatliche 265, 490, 748
 - Nichtigkeit 891, 1173, 1195
 - vertikale 1187
 - Währungsvereinbarungen 1388
 - wettbewerbsverfälschende 1171 f.
- Vereinigtes Institut für Kernforschung (CERN) 2
- Vereinte Nationen (UN) 69, 78, 83, 471, 694, **762 f.**, 1433, 1438
- Verfahrensarten vor dem EuGH und dem EuG 507 ff.
- Amtshaftungsklage 573 ff.
 - Einstweiliger Rechtsschutz 607 ff.
 - Nichtigkeitsklage 527 ff.
 - Rechtsmittelverfahren 600 ff.
 - Untätigkeitsklage 559 ff.
 - Vertragsverletzungsverfahren 507 ff.
 - Vorabentscheidungsverfahren 584 ff.
- Verfahrensautonomie 620 ff.
- Äquivalenzgebot 622
 - Effektivitätsgebot 622
- Verfahrensordnung 317, 426, 501, 607
- Verfahrensverordnung 1172, 1198, 1201 ff., 1318
- Verfahren vor den Unionsgerichten, sonstige 615 ff.
- Gutachten des Gerichtshofs 616
 - Inzidentrüge 617
 - Rechtsakt, Unanwendbarkeit im Verfahren 617
 - Schiedsklausel 615
 - Schiedsvertrag 615
- Verfassungsvertrag, s. Vertrag über eine Verfassung für Europa
- Vergabemodernisierungsgesetz **1360**, 1364, 1366
- Vergaberecht 1164, 1278, **1360 ff.**
- Vergaberechtsregime 1360 ff.
- Vergaberichtlinie 1360 f., 1373
- Vergabeverfahren 1371 f.
- Vergabeverordnung 1361
- Vergleichsinvestor 1272
- Verhältnismäßigkeit, s. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Verhaltenskoordinierung 1172, 1192, 1200, 1243
- Verhandlungsverfahren 1312 ff., s. auch Vergabeverfahren

- Verordnungen 56, 61, 133, 180, 272, 355, 392 ff., 398 f., 405, 422, 431, 440, 473
- Abgrenzung zum Beschluss 422
 - Aufhebung 444 ff.
 - allgemeine Geltung 398
 - Durchsetzung 447 ff.
 - Horizontalwirkung 398
 - „Scheinverordnung“ 536, 543
 - Unanwendbarkeit 619
 - unmittelbare Geltung 398
 - vertikale Wirkung 398
 - zur Konkretisierung von Grundfreiheiten 867
- Verpflichtungszusagen 1205, 1238
- Verstärkte Zusammenarbeit 25 f., 85 ff., 219, 377, 1152, 1157, 1161, 1397
- Grundregeln der Verstärkten Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten 85 ff.
 - Rechtsakte, die zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit ergehen 88
 - Verstärkte Zusammenarbeit als letztes Mittel 85
 - Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der GASP 89
 - Zulässigkeit der Verstärkten Zusammenarbeit 86
- Versunkene Kosten 926, 1246
- Vertragsänderungen 33, 38 f., 55, 58, 91 ff., 116, 229
- änderungsfester Kern des Unionsrechts 99
 - autonome Vertragsänderungen 425
 - Brückenverfahren, s. vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV
 - nach allgemeinem Völkerrecht 100
 - ordentliches Änderungsverfahren 92 ff., 101, 246
 - vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV 91, 96, 101, 246, 262, 377
 - vereinfachtes Änderungsverfahren nach Art. 48 Abs. 7 EUV 97 f., 101, 130, 246, 262, 356, 377
- Vertrag über eine Verfassung für Europa 33
- Vertrag von Amsterdam 24 f., 224, 247 f., 292 f., 435, 462, 682, 673, 731, 856, 1134, 1144, 1389, 1451
- Vertrag von Lissabon 34 ff., 54 ff., 63 ff., 73, 91, 98, 105, 119, 128, 142, 150, 185 ff., 194, 196 f., 202, 219, 230 ff., 236, 246, 248 ff., 256 f., 273, 275, 279, 286 ff., 301 ff., 306, 309, 315, 320 ff., 340, 342, 346 f., 361, 379, 392, 396, 423, 448, 531, 535, 674 ff., 747, 766, 771 f., 779, 791, 857, 1135 f., 1142, 1148, 1155, 1157 f., 1375, 1382, 1387, 1389, 1392, 1420, 1423 f., 1435, 1448, 1464, 1467, 1481
- Inkrafttreten 36, 38
 - Ratifikation 35 f.
 - Rechtspersönlichkeit 39
 - Völkerrechtsfähigkeit 80 f.
- Vertrag von Maastricht 20 ff., 128, 137, 187, 248, 266, 290, 336, 471, 792, 809, 846, 857, 1110, 1383, 1389, 1392, 1421, 1479
- Inkrafttreten 21, 792
- Vertrag von Nizza 26 ff., 119, 426, 733, 856, 1389, 1484
- Inkrafttreten 27
 - Protokoll über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags (EGKS-Protokoll) 28
 - Ratifikation 27
- Vertragsschlusskompetenz 75 ff., 1465
- Vertragsverletzungsverfahren 116, 497, 507 ff., 554, 593, 609, 666, 845, 867, 890, 1358
- Begründetheit 519 ff.
 - Funktion 507 ff.
 - Gegenstand des Verfahrens 507
 - Parteifähigkeit 511
 - Prüfungsschema 525 f.
 - Rechtsschutzbedürfnis 518
 - Urteilstwirkung 524
 - Vorverfahren 512 ff.
 - Zulässigkeit 510 ff.
- Viking 1023, 1036
- Völkerbund 5
- Völkergewohnheitsrecht 73, 82, 457 ff.
- Völkerrechtliche Verträge der Union 75 ff., 84, 380, 384, 465 ff., 473, 526, 632, 1447, 1456
- Bestandteil der Unionsrechtsordnung 465 f.
 - gemischte Abkommen 77, 81, 466, 1457, 1466

- Rang 467
- unmittelbare Wirkung 468
- völkerrechtliche Verträge der Mitgliedstaaten 511 ff.
- Völkerrechtsfähigkeit 2, 74, 83, 84, 457 ff.
 - Europäische Atomgemeinschaft 2
 - Europäische Union 2, 74
 - Gesandtschaftsrecht 83, 84
 - Internationale Organisationen 2, 73, 127, 457
 - völkerrechtliche Deliktsfähigkeit 82, 84
- Völkerrechtssubjektivität, s. Völkerrechtsfähigkeit
- Vollzug des Unionsrechts 474 ff.
 - Äquivalenzgebot 482 f., 622 f., 627
 - Effektivitätsgebot 482 f., 622 f., 627
 - Formen des Vollzugs 474 f.
 - Vertrauensschutz bei Rücknahmeentscheidung 486
 - Verwaltungsorganisation 476 f.
 - Verwaltungsverfahrenrecht 478 ff.
- Vorabentscheidungsverfahren 584 ff., 599, 619
 - Absicherung des unionsrechtlichen Auslegungs- und Verwerfungsmonopols des EuGH 591
 - als Zwischenverfahren 167 f., 584
 - Ausnahmen von der Vorlagepflicht 592, 599
 - Formulierung der Vorlagefrage 594, 599
 - Funktion 584
 - Prüfungsschema 599
 - Rechtswirkungen des Vorabentscheidungsurteils 598
 - Vorlageberechtigung 588 f., 599
 - Vorlagegegenstand 586, 599
 - Vorlagepflicht 589, 593, 599
 - „Zulässigkeit“ 583 ff.
 - Zuständigkeit, sachliche 583
- Vorbefassungsverfahren 755 f.
- Vorrang des Sekundärrechts 863
- Vorrang des Unionsrechts, s. Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- VW-Gesetz 1108
- VW Sachsen 547

- Wachauf 699 f.
- Wahlrechtsgleichheit 138, 235 ff.

- Währungsunion, s. Wirtschafts- und Währungsunion
- Warenverkehrsfreiheit 391, 742, 767, 869, 871, 877, 894 ff., 901 ff., 909, 910 ff., 914, 927, 929, 943, 945, 949, 950
 - Aufzählung der *Cassis*-Rechtfertigungsgründe 952
 - Begriff der Ware 901
 - beschränktes Herkunftslandprinzip 918
 - bestimmte Verkaufsmodalitäten 922
 - *Cassis*-Entscheidung 918
 - *Dassonville*-Formel 918, 921, s. auch dort
 - Diversifikationszwang 907
 - eigenständiges Diskriminierungsverbot 915
 - Einfluss der Regelung auf den Marktzugang 925
 - Eingriff 910 ff.
 - Erschöpfungsgrundsatz 938
 - fehlende Nähebeziehung 920
 - grenzüberschreitende Dimension des Sachverhalts 908
 - *Groenveld*-Formel 901, 950
 - Handlung eines Verpflichtungsadressaten/Schutzpflicht 910 ff.
 - hinreichende Etikettierung 945
 - *Keck*-Formel 922 ff., s. auch dort
 - keine Rechtfertigung durch rein wirtschaftliche Gründe 939
 - keine willkürliche Diskriminierung 940
 - Konkordanzprüfung 946
 - Kontingentierungen 914
 - Konvergenz der Schranken 942
 - künstliches Handelsgeschäft 905 f.
 - Ladenschlusszeiten 925
 - Leitbild eines „mündigen Verbrauchers“ 945
 - Markterschließungsfunktion der Werbung 926
 - Maßnahmen gleicher Wirkung 917 ff.
 - mengenmäßige Ein- und Ausfuhrbeschränkungen 914 f.
 - negative Tatbestandsmerkmale des Art. 34 AEUV 941
 - öffentliche Sicherheit und Ordnung 933
 - öffentliche Sittlichkeit 934

- Parallelimport 903
- persönlicher Schutzbereich 909
- produktbezogene Regelungen 920
- Rechtfertigung 931 ff.
- Rechtfertigung aus Gründen des Grundrechtsschutzes 946
- Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV 931 ff.
- Rechtfertigungsgründe nach der *Cassis*-Rechtsprechung 941 ff.
- Rechtfertigungsmöglichkeit nur für unterschiedslos anwendbare nationale Regelungen 942
- Reimport 903
- Sachlicher Schutzbereich 901 ff.
- Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums 938
- Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen 935
- Schutz des Lebens von Tieren oder Pflanzen 936
- Schutzpflichten der Mitgliedstaaten 911, 946
- Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit 901
- Sonntagsverkaufsverbote 925
- spezifische gegen die Ausfuhr gerichtete diskriminierende Maßnahmen 921
- spezifisches Beschränkungsverbot 915
- staatliche Maßnahme 910
- subjektiver Anspruch des Einzelnen auf staatliches Einschreiten gegen Grundfreiheitsverletzungen durch andere Private 913
- Tatbestände nichtwirtschaftlicher Art 939
- Umformung der staatlichen Handelsmonopole 947 ff.
- ungeschriebene Rechtfertigungsgründe 941
- Unionswaren 902
- unmittelbare Drittwirkung 910
- Unterlassen 912
- Verbot von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung 859 ff.
- Verbringungsverbote 914
- Verhältnismäßigkeit 940
- Verkaufsmodalitäten, die den Marktzugang spezifisch behindern 926
- Verstoß gegen die Freiheit des Warenverkehrs durch Unterlassen 912
- Waren aus Drittländern, die sich in den Mitgliedstaaten im freien Verkehr befinden 902
- Warenherkunft als Tabukriterium 915
- Werbemaßnahmen 907
- Zollunion 895 ff.
- Zugang auf allen Marktstufen 926
- Zurechenbarkeit der Beschränkung der Freiheit des Warenverkehrs 910
- zwingende Erfordernisse des Allgemeinwohls 941
- Welthandelsorganisation (WTO) 78, 466, **1467 ff.**
- Wertgutachten 1255, s. auch Beihilfen
- Wesentlicher Teil des Binnenmarktes 1224
- Westeuropäische Union (WEU) 6, 1438
- Westunion, s. Westeuropäische Union (WEU)
- Wettbewerb 739, 861, **893**, 1159 f., **1165 ff.**, 1171 ff., 1209 ff., 1244 ff., 1247 ff., 1255 ff., 1261 ff., 1336 ff., 1360, 1371, 1379, 1459
- wettbewerblicher Dialog 1371
- Wettbewerbsbedingungen 86, 862, 1122, 1191 f., 1209, 1218, 1222, 1240, 1262
- Wettbewerbsbehörden (auch Kartellbehörden) 296, 1173, 1198, 1253, 125 ff., 1257
- Wettbewerbsbeschränkungen 1171, 1186, **1191 ff.**, 1358, 1360
- Wettbewerbsoffenheit 1278
- Wettbewerbspolitik 1163 ff.
- Wettbewerbsrecht 173, 296, 749, **1163 ff.**, 1171 ff., 1261 ff., 1336 ff., 1360 ff.
- sektorspezifisches 1244 ff.
- Wettbewerbsbeeinträchtigung, auch -verfälschung, -verzerrung 876, 895, 1164, 1171, 1186, **1191 ff.**, 1310, 1328, 1358, 1360, 1379
- Wiedervereinigung Deutschlands 19
- Willkürverbot 1111
- Windows Media Player* 1236, s. auch Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung

- Wirksamer Wettbewerb 1165, 1206, 1212, 1219, 1226, 1229, 1251, 1254, s. auch Marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens
- Wirtschaftliche Tätigkeit 774 f., 877, 901, 974, 1000 ff., 1019, 1026, 1102, 1293 ff., 1351
- Wirtschaftspolitik 11, 17, **1382**, 1389, 1392 f., 1398 f., 1407, 1410
- Wirtschaftssanktionen, s. Handelsembargo
- Wirtschafts- und Sozialausschuss 179, 273, 330, **331 ff.**, **340**, 341, 361, **378**
- Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 13 f., 18 f., 20 f., 103, 321, 326, 447, 1123, **1382 ff.**
- Ablösung des EWI durch die EZB 1387
 - Ausschluss aus der Eurozone 1422
 - Austritt aus der Eurozone 1420 f.
 - bail-in 1416
 - bailout-Verbot, s. Nichtauslösungsklausel
 - Bankenaufsicht 1415
 - Bankenunion 1414 ff.
 - Dänemark 1386
 - Defizitverfahren 1392
 - ECU 23
 - einstweilige Anordnung 1404
 - *ESM/Fiskalpakt* 1398, 1406, 1410
 - Euro 23, 323, 1382, **1385**, 1388
 - Eurobonds 1413
 - Euro-Gipfel 1389, 1399
 - Europäische Zentralbank (EZB) 90, 94, **321 ff.**, 504, 527 f., 531 f., 539 f., 581, 632, 640, 1381, 1384, 1387, 1409 ff., 1415 f., 1423
 - Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) 1401, 1403
 - Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) 1401 ff.
 - Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) 1396, 1404, **1405 ff.**, 1410
 - Europäisches System der Zentralbanken (ESZB) 18, **323 ff.**, 1387
 - Europäisches Währungsinstitut (EWI) 321
 - Europäisches Währungssystem (EWS) 14, 321, **1384 f.**, 1423
 - *Euro-Rettungsschirm* 1400, 1403, 1406, 1413
 - Euro-Rettungsschirm, vorübergehender 1401 ff.
 - Euro-Rettungsschirm, unbefristeter 1405
 - Fiskalpakt 615, 1391, **1397**, 1405
 - *Gauweiler* 167, **1410**
 - Griechenland-Soforthilfe 1400
 - Großbritannien 1386
 - Haftungskaskade 1416
 - Konvergenzkriterien **1385 f.**, 1392 f.
 - Konvergenzprogramme 1395
 - Monaco 1388
 - Nichtauslösungsklausel (bailout-Verbot) 1400, 1402
 - Outright Monetary Transaction (OMT) 1410 f.
 - Public Sector Purchase Programme (PSP) 167, 1412
 - PIIGS 1391
 - San Marino 1388
 - Sechserpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
 - Single Resolution Mechanism (SRM) 1416
 - Single Rulebook 1414
 - Single Supervisory Mechanism (SSM) 1415
 - six pack, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
 - Staatsanleihen 1410 ff.
 - Stabilitäts- und Wachstumspakt 1392 ff.
 - Stabilitätsprogramme 1395
 - Stufen der WWU 1281 ff.
 - two pack, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
 - übermäßiges Defizit 1392
 - Umrechnungskurse 23, 1388
 - Vatikanstadt 1388
 - Währungsabkommen 80
 - Wechselkursmechanismus (WKM 2) 1423
 - Zweierpaket, s. Stabilitäts- und Wachstumspakt
- Wolzenburg* 779

workable competition, s. wirksamer

Wettbewerb

Wouters 1194

Yusuf 742

Zambrano 803 ff.

Zhu und Chen 813

Zahlungsverkehrsfreiheit 1094 ff., 1480

– Beschränkungsverbot, einheitliches 1106

– Eingriff 1105 ff.

– Grundrechte als Rechtfertigung 1121

– intermediäre Gewalten 1105, 1121

– Maßnahmen gegen Zuwiderhandlungen 1112

– Meldeverfahren für den

Zahlungsverkehr 1113

– öffentliche Sicherheit und Ordnung 1114

– persönlicher Schutzbereich 1104

– räumlicher Schutzbereich 1104

– Rechtfertigungsgründe 1109 ff.

– Rechtfertigungsgründe der

Niederlassungsfreiheit 1116

– sachlicher Schutzbereich 1103

– Schranken-Schranken 1111, 1115, 1117, 1120

– Schutzpflicht 1105, 1121

– Sekundärrecht 1122

– Steuerhoheit der Mitgliedstaaten 1110

– Ungleichbehandlung nach Wohn- oder Kapitalanlageort 1110

– Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 1111, 1115, 1117, 1120

– Verpflichtungsadressaten 1105

– willkürliche Diskriminierung 1111

– zwingende Gründe des Allgemeininteresses 1111, 1118 ff.

Ziele, außerökonomische 1199, 1339

Zollunion 9, 173, 894, 895 ff., 1375, 1464

– Abgabe gleicher Wirkung 896

– bestimmte Zahlungsverlangen weiterhin zulässig 897

– Gebühren 899

– Gemeinsamer Zolltarif (GZT) 672, 900

– innerhalb der Mitgliedstaaten keine

Abgaben zollgleicher Wirkung 897

– Steuern 898

– Zölle 896

Zugangsverweigerung 1228, 1231 f.

Zurechenbarkeit 82, 520, 533, 580, 640, 665, 869, 910, 1186, 1283 f.

Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz

und Inneres (ZBJI) 20, 54, 1134, 1148,

s. auch justizielle Zusammenarbeit

in Strafsachen, s. auch polizeiliche

Zusammenarbeit, s. auch Schengener

Abkommen

Zusammenarbeit mit Drittländern, wirt-

schaftliche, finanzielle und technische

1438

Zusammenschlüsse (auch Unternehmens-

zusammenschlüsse) 1164, 1171, 1181,

1247 ff.

Zwangsmaßnahmen gegenüber Individuen

448

Zweierpaket, s. Stabilitäts- und Wach-

tumspakt

Zweiter Weltkrieg 6

Zwischenstaatlicher Handel 894, 911,

922, 924 f., 931, 948 f., 1187, 1192,

1196, 1225, 1256, 1265, 1302,

s. auch Handelsbeeinträchtigung,

s. auch Handelspolitik

Zwischenstaatlichkeitsklausel 1187, 1225,

1302, 1346